

gessen oder niemals gewußt, welche entscheidende Rolle gerade die Krisentheorie im marxistischen System spielt und welche geistige Kämpfe um sie entfesselt worden sind. Diese Krisentheorie hat im Lager des Marxismus selbst lebhafteste Anfechtung gefunden, weil man sie in der Vorkriegszeit, der Zeit der Produktionsregelung durch die Kartelle, nicht beständig fand. Gerade die gegenwärtige Zeit aber mit ihrem wirtschaftlichen Niedergang und ihrer massenhaften Arbeitslosigkeit ist geeignet, dieser Lehre neue Anhänger zu gewinnen.

Dies alles ist ein weites Feld, das in gelehrten Zeitschriften besser beachtet werden kann als in der Presse, die dem politischen Tageskampf gewidmet ist. Dennoch bleibt die Verbindungslosigkeit erschreckend, die zwischen dem Besten, was heutzutage über Marxismus geredet und geschrieben wird, und dem, was der Marxismus als geistiger Besitz für die Gebildeten bedeuten sollte. Hier zeigt sich mit niederschmetternder Klarheit, in welcher Oberflächlichkeit die „praktische Politik“ von heute verhandelt ist.

Der „Marxismus“ Kahr-Hitterscher Prägung ist weiter nichts als ein bloßes Schlagwort, in dem sich die rohe Unbildung seiner Gebraucher manifestiert. Nun ist von den Münchener Intelligenzen nichts anderes zu erwarten. Aber wenn dann ein deutscher Reichstagsredner und Doktor der politischen Wissenschaften kommt, um den Marxismus in der Art in Schutz zu nehmen, wie es Herr Stresemann in Halle ebenso wohlwollend wie ahnungslos getan hat, dann ist das allerdings ein sehr betrübendes Zeichen der Zeit.

Wenn es wahr ist, daß sich der Geist den Körper baut, dann kann die Auferstehung des deutschen Volkes nur aus der geistigen Erneuerung und Vertiefung kommen. Die ober gerade ist es, die man so schmerzlich vermisst. Man mag zu Marx stehen, wie man will, auf alle Fälle war er doch ein großer Gelehrter, der zum mindesten die Achtung verdient, die man der Wissenschaft im allgemeinen schuldet. Auch wenn man nicht auf die Worte des Meisters schwört — lernen kann doch noch jeder von ihm. Aber wer von denen, die heutzutage in Volksversammlungen gegen den Marxismus reden — Hand aufs Herz — hat auch nur ein einziges Wort von Karl Marx gelesen?

Ein Gespenst geht in Deutschland um, das Gespenst des Marxismus. Aber allen denen, die mit Beschwörungsformeln hinter ihm her sind, kann es zuzurufen:

Du gleichst dem Geist, den du begreiffst!
Nicht mir!

Gefler amtsmüde?

Reichswehrminister Dr. Gehler, der seit vier Jahren im Amte ist, trägt sich schon seit längerer Zeit mit Rücktrittsgedanken. Er dürfte bei der jetzigen Regierungskrise endgültig ausscheiden. Zu diesem Entschluß ist er gekommen wegen der wiederholten politischen Demütigungen, die er in den vergangenen Wochen erleiden mußte. Als er am 26. September zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt wurde, ergab sich sofort, daß er sich in seinem festen Glauben an die Aufrichtigkeit des Generals Vossow und der bayerischen Reichswehr getäuscht hatte. Er geriet in den unseidlichen Zustand, als Inhaber der vollziehenden Gewalt über das ganze Reich in dem zweitgrößten deutschen Lande vollkommen ausgeschaltet zu sein. Später ließ er sich in seiner Sorge um die Reichswehr zu dem militärisch unmöglichen Schritt verleiten, als Reichswehrminister und Inhaber der vollziehenden Gewalt nach Bayern zu fahren, um dort einen General zu bitten, mit dem meuternden General von Vossow zu verhandeln, damit dieser freiwillig zurücktrete. Der Rücktritt erfolgte nicht. Statt dessen brach die bayerische Regierung den Verkehr mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt ab. Er mußte auch das hinnehmen, weil die bürgerliche Mehrheit des Reichskabinetts diese unerhörte Herausforderung bis zur Stunde geduldig hingenommen hat. Alle Bemühungen des Reichswehrministers, das Reichskabinet davon zu überzeugen, daß diese Politik des stillen Duldens gegenüber den bayerischen Disziplin-

losigkeiten die Moral der Truppe zermürben müsse, sind wirkungslos geblieben. Nun mußte Gehler noch erleben, daß ihm die vollziehende Gewalt genommen wurde, als es in Bayern ernst zu werden schien. Dr. Gehler ist jetzt ein faktisch ganz und gar einflußloser Mann. Es müßte sein politisches Ansehen vollkommen vernichten, wenn er aus diesen Erlebnissen nicht die allein möglichen Folgerungen ziehen wollte.

Stresemanns neuer Minister.

Der aus Duisburg ausgewiesene Oberbürgermeister Jarres, der Präsident des Rheinischen Provinziallandtages, ist am Montag zum Reichsminister des Innern ernannt worden. Er kann den Entschluß zur Annahme des Amtes nur gefaßt haben, wenn er gewiß ist, die voraussichtlich nur noch kurze Frist, die dem Kabinet Stresemann gesteckt ist, zu überleben und sich für ein Reichskabinet bereitzuhalten. Mit dem Eintritt des durchaus alldemokratisch gerichteten Herrn Jarres ist das Kabinet Stresemann noch weiter nach rechts geraten. Jarres war schon als Rheinischer Oberbürgermeister ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie. Er gehört jetzt dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei an mit entschiedener Neigung zu den Deutschnationalen. Im Preussischen Staatsrat ist er zweiter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, die dort die Volkspartei mit den Deutschnationalen bildet. Außenpolitisch ist Jarres im Gegensatz zu der bisher von Stresemann vertretenen Politik auf den Bruch mit Frankreich eingestellt. Bekannt ist, daß er bei dem Abbruch des passiven Widerstandes in einer großen Sitzung in der Reichstagskammer lebhaft gegen Stresemanns Außenpolitik auftrat. Er wollte schon damals keine weiteren Verhandlungen mit Frankreich, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrages, also durchaus deutschnationale Politik. Durch seinen Eintritt in das Kabinet erhält die Gruppe des Hebergewichts, die die Rheinlande vorübergehend ihrem Schicksal überlassen will, um Rumpdeutschland zu retten und zu festigen. Wenn über die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinet Stresemann noch ein Zweifel bestanden haben sollte, so müßte er nun verschwunden sein.

Katlose Volkspartei.

Unter den Stößen des rechten Flügels, der in der Reichstagsfraktion vorzudringen beginnt, wankt die Deutsche Volkspartei hin und her. Stresemanns inhaltlose Reden, die um die Auseinandersetzung mit der bayerischen „Ordnungszelle“ sich herumzudrehen versuchen, sind der beste Ausdrück dieser Katlosigkeit, die zur völligen Lahmlegung der Reichsregierung zu führen droht. Jetzt ist zum Sonntag, den 18. November der deutschvolksparteiliche Zentralvorstand einberufen. Wird formell sich hinter Stresemann stellen, dafür werden die Stinnesleute einen Tag darauf nur um so frecher werden. Sie repräsentieren eben die „ärgeren Bataillone“.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei tagte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Erkelenz und in Gegenwart der demokratischen Minister des Reiches und der Länder im Reichstage und nahm nach einem Referat des Abgeordneten Fischer-Köln und ausführlicher Aussprache folgende Entschlüsse an:

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei verlangt von der Regierung, daß sie mit rücksichtloser Energie die nationale Einheit des Reiches gegen partikuläre, reaktionäre und reaktionäre Gegner aufrechterhält, den Zusammenhang von Ruhr und Rhein mit dem Deutschen Reich unbedingt verteidigt, die lebenswichtige Währungsreform schleunigst unter Überwindung der offenen und geheimen Widerstände verwirklicht, die Autorität der nationalen Reichsgewalt und der republikanischen Verfassung zu Ehren bringt, und daß sie mit einem Programm auf dieser Grundlage vor den Reichstag tritt.

Eine Erweiterung der Regierung, die die geforderten Sicherheiten nicht bietet, muß die Deutsche Demokratische Partei aus innen- und außenpolitischen Gründen unbedingt ablehnen.

Nach den Mitteilungen eines Berliner Korrespondenzbureaus will man die Einberufung des Reichstages um eine weitere Woche zu verschieben suchen.

Der Reichskanzler empfängt heute den Fünfzehnerausschuß der besetzten Gebiete. Er beabsichtigt, mit ihm über die Lage im Rheinland und Ruhrgebiet zu beraten. Nachmittags um 4.30 Uhr sind die Parteiführer zu Dr. Stresemann gebeten. Er will sie von dem Ergebnis der Besprechung mit dem Fünfzehnerausschuß unterrichten und ihre Zustimmung zu den vielleicht zu fassenden Beschlüssen einholen.

Bereits am Montagabend besaßte sich eine Kabinettsitzung mehrere Stunden mit den heute zu erörternden Fragen.

Das ist die Volkspartei!

Heute ist das Signal der Fraktion Drehscheibe offiziell schon wieder einmal nach der linken Seite eingestellt. Die „National-liberale Korrespondenz“ (so nennt sich das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei immer noch hoch die Tradition!) schreibt heute zu unserer Feststellung, daß der Fraktionsvorsitzende desobediert worden ist, diese Schlussfolgerung sei ganz und gar unrichtig. Die Unrichtigkeit unserer Behauptung wird folgendermaßen bewiesen:

Die Mitteilung der „Fusion“ hat zwar darin recht, daß einzelne Mitglieder der Fraktion (wohl Stinnes u. Co.) der Fraktion gegen die Erklärung des Herrn Dr. Scholz Widerspruch erhoben haben, die Fraktion selbst aber habe die Richtigkeit der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Wenn in der Mitteilung einer anderen parlamentarischen Korrespondenz im Anschluß an die Erklärung des Herrn Dr. Scholz von der deutschnationalen Fraktion gesagt wird, diese wisse sich von jeder Verantwortung frei, wenn infolge der Erklärung der volksparteilichen Meinung die Verhandlungen über die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung scheitern sollten, so handelt es sich hier um ein vergebliches Bemühen, die Verantwortung für das Scheitern des Versuches, eine gemeinsame bürgerliche Regierung zu bilden, von der deutschnationalen Partei abzuwälzen. Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei durch ihren Beschluß eine Grundlage für Verhandlungen über die Einbeziehung auch der Deutschnationalen Volkspartei in der Reichsregierung geschaffen und daß die deutschnationale Fraktion dieses Entgegenkommen mit Bedingungen beantwortet hat, die für jede Fraktion, die auf Würde und Selbstachtung hält, unannehmbar sein mußten. Die Schuld der Deutschnationalen ist um so klarer erwiesen, als die deutschnationalen Führer noch wenige Stunden vorher genau darüber orientiert worden sind, welche Wirkung die von ihnen gestellten Bedingungen haben mußten.

Danach müßte man also annehmen, daß eine Regierungsbildung mit Deutschnationalen von der Deutschen Volkspartei nicht mehr beabsichtigt ist. Man darf wohl fragen, für wieviel Stunden diese Absicht der Volkspartei gilt. Wäre diese Absicht ernsthaft vorhanden, und hätte sich die Volkspartei von der Unmöglichkeit einer Regierungsbildung der Deutschnationalen überzeugt, müßte dann nicht für diese Regierung in den brennenden innenpolitischen Fragen ein klarer Kurs gegeben sein? Die Tatsache, daß Herr Dr. Stresemann pliedentig und vielredend allen Entscheidungen ausweicht, die ihn zu den Deutschnationalen in Beziehung bringen könnten, sagt doch mehr als alles täglich wechselnde Fraktionsbeschlüsse der Volkspartei samt den zahlreichen Interpretationen, die ihnen parteiöffentlich gegeben werden. Auch Herr Stresemann hält es offenbar für richtig, seinen Glanz weiter fortzusetzen. Nur dürfte er damit am allerwenigsten sich halten. Das wird er bald genug merken.

Die Daimlerwerke erlauben uns mitzuteilen, daß unsere Aufgabe, nach der sie als Geldgeber der nationalsozialistischen Organisation in Bayern in Frage kommen, in jeder Form und in jeder Beziehung unwahr sei.

Herrliche Tage.

Aus dem schon besprochenen Buch „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“, Aufzeichnungen des Grafen Robert Zedlitz-Trübscher, ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart), lassen wir hier noch eine Nachlese von Bildern folgen — im schlichten Wortlaut und ohne Kommentar, denn sie sprechen für sich selber.

Sänger und König.

Am dem Abend vor der Ankunft des Jaren wurden in dem Theater drei kleine Stücke gegeben, darunter zwei von dem Dichter Bauß. — Die Prählerie, Ruhmredigkeit und Schmeichelei, die in diesen Stücken zum Ausdruck kam, ist kaum zu beschreiben. Ganz allgemein fühlte man dies und war etwas bedrückt. Die verschiedenartigsten und hochstehendsten Persönlichkeiten konnten sich nicht mehr hemmeln und sprachen es ruhig aus; bei einigen aber erlebte ich es, daß, als ihnen unmittelbar darauf Seine Majestät Allerhöchstdieselben Besichtigung in mit dem Stück ausgesprochen, sie sofort auch nur Worte der Bewunderung und Anerkennung hatten. Dieser trostlose Umschwung und vor allem Dingen der schmerzlichen Bild, wenn jemand dabei stand, der unmittelbar vorher das entgegengesetzte Urteil mit angehört hat, konnten geradezu humoristisch wirken. (S. 48.)

Der Finger des Kaisers.

Der alte Generalleutnant v. Egloffstein, mein einziger Vorgänger als Hofmarschall, bildete die Zielfarbe des besonderen Amusements. Da er immer davon sprach, daß ihm sein Getränk zu kalt sei, wurde es ihm etwas erwärmt, dann rührte der Kaiser es mit dem Finger einige Zeit um, trank selbst einen Schluck davon und gab es ihm zurück; nun sei es richtig temperiert. So völlig harmlos diese kleine Episode war, so zeigte sie, wie einfach, natürlich und freundlich der Kaiser für ihn näher Stehend denken konnte, wie er aber auch eventuell bis ins kleinste Detail etwas zu bestimmen liebte und wie er überzeugt ist, daß, nach ihm zu trinken, und nachdem er selbst mit dem Finger umgerührt hat, nur eine ganz besondere Gnade bedeutet. Tatsächlich wurde es auch als solche mit größter Devotion ausgesagt, so daß ich unwillkürlich darüber nachdenken mußte, was mit dem Getränk noch sonst alles hätte passieren können. Für Egloffstein wäre es jedenfalls immer ein Gnadenbeweis geblieben. (S. 63 f.)

Gottes Wort.

Nur wer die intimen Vorgänge am Hofe ganz kennt, der kann die unglaubliche Liebedienerei der schmeicheleichen Predigten, die ich von den Hofpredigern gehört habe, ganz ermessen. Ich bin über diese Predigten häufig auf das äußerste erschüttert gewesen, denn sie wirken unheilvoller, als man es sich nur im entferntesten vorstellen kann. (S. 79.)

Die grüne Krawatte.

Wie weit diese Anzugs- und Krawattentragenfrage ihre Blüten treibt, geht daraus hervor, daß er (Wilhelm II.) sich zur Oper

der „fliegende Holländer“ die Uniform eines Seeoffiziers anzieht. — Der Zeremonienmeister v. Koge oder nimmt dieses Gebot noch ernst. Er geht eines Tages mit besonders schöner grüner Krawatte unter den Linden, und als man ihn darüber befragte, antwortete er: „Seine Majestät sind heute auf Jagd.“ (S. 89 f.)

Kleine Liebenswürdigkeiten.

Besonders schick ist es dem Obersten v. B., Kommandeur eines Kavallerieregiments, erlangen zu sein. Seine Majestät bräute ihn längere Zeit in den Schenken und ließ ihn dann zur Freude aller Umstehenden mit Sekt ein, so etwa, wie ein kälterer Schülzunge einen schwächeren behandelt. Die ganze Jagdgesellschaft und Hunderte von oberflächlichen Treibern waren dabei Zuschauer. Noch schlimmer erging es dem Grafen Roger Sebert-Dobru. Man bedenke, er ist preussischer Kammerherr, Mitglied des Preussischen Herrenhauses auf Lebenszeit, hat zwei Söhne als Offiziere bei den Leibgarderegimenten, ist 53 Jahre alt und hat durch seine großen Besitzungen eine sehr angenehme Stellung in Schlesien. Bei der ersten Begrüßung sagte ihm der Kaiser ganz laut: „Was, Sie alles Schwein sind hier auch eingekleidet?“ Die herumstehenden, ja sogar die Damen konnten diese Äußerung ganz deutlich hören. (S. 91 f.)

Der kleine Herzog von Sachsen-Koburg hatte neulich abends in der Bibliothek einen schweren Stand. Der Kaiser liebte es, seinen Spaß mit ihm zu treiben. Weist kommt es dabei aber so, daß er ihn so kneipt und pöbelt, daß der arme kleine Herzog eigentlich in regelrechter Weise verbrügelt wird. Neulich waren nun außerdem seine Braut, die Prinzessin Viktoria und ihre Eltern zugegen; dies machte es dem armen kleinen Herzog wohl besonders peinlich, er kämpfte beinahe mit den Tränen und hatte den ganzen Abend über ein so unglückliches Gesicht, als sollte er am nächsten Morgen gehenkt werden. — Ob er, falls der Kaiser diese Behandlung fortsetzt, gerade ein besonders unglücklicher deutscher Bundesfürst werden wird, ist nur zweifelhaft. In diesem Jahre wird er 21 Jahre alt und übernimmt damit offiziell und tatsächlich die Regierung seines Landes. (S. 118.)

Durch Jahneneid ins Ehebett.

Sehr komisch erzählt der Kaiser über die in Bückeburg festgesetzte Hochzeit des Großherzogs von Sachsen (Weimar). — Am Abend vor der Hochzeit sei der Großherzog plötzlich im Dienstanzug zu ihm gekommen und habe gemeldet: „Eurer Majestät, welche ich auferuntertänigst, daß ich morgen nicht heiraten kann.“ — Er, der Kaiser, sei nun sehr erregt geworden und habe ihm gesagt: „Wenn ich, der Deutsche Kaiser, zu Deiner Hochzeit herkomme und ebenso die Königin von Holland, dann kannst du nicht am Abend vor der Hochzeit erklären, du wolltest nicht heiraten.“ Der Großherzog habe aber immer ausweichen wollen, seine Braut habe ihn zu schickeln gehindert, habe ihn zu sehr belästigt, und es wäre daher ganz unmöglich für ihn, es zu tun. Da habe der Kaiser ihm schließlich gesagt: „Du hast mir in Deinem Jahneneid Treue geschworen und ich befehle dir, daß du morgen heiratest.“ Hierdurch sei der Großherzog endlich zu dem Entschluß bewogen worden, am nächsten Tage doch zu heiraten. (S. 113.)

Er kann nicht aufhören.

Major v. Reumann-Cosel ist zum Erlaunen seiner Bergschützen, des Militärabteiles und all seiner Bekannten, aus hellem Himmel, bei einer Frühjahrsparade ganz unerwartet zum Flügeladjutanten ernannt worden. Er ist ein anaistischer Mensch mit engherzigen Anschauungen und kleinen Begriffen, der wertwürdigerweise aus eigenem Impuls dem Kaiser bei jeder Gelegenheit die Hand küßt. Er hat dies auch schon früher als Offizier des 2. Garde-Regiments getan, und so ist der Monarch auf ihn aufmerksam geworden. Man hat ihm verschiedentlich bedeutet, daß dies tägliche mehrmalige Handküssen doch nicht ganz passend sei, ja etwas Kavalierisch an sich habe. Er aber meinte hierauf ganz kreuzberzig, er habe es nun einmal angefangen und könne nun nicht mehr damit aufhören. (S. 120 f.)

Die Schellen des Kaiserreichs.

Komischerweise hat der Fürst Dohna seinen Byzantinismus einst so weit getrieben, daß er den Kaiser fragte, ob seine Nähe in Schloßbitten ebenjaische Schellen tragen dürften wie die Nähe in Rominten, worauf er allerdings die allerhöchste Antwort einlecken mußte: „Was ist mir ganz egal, was Ihr Kindeich für Schellen trägt.“ (S. 131.)

Bei ihm ist alles groß.

Der Kaiser litt unter einem starken Schnupfen und war hierüber, wie fast immer, sehr deprimiert. Generalarzt Uberg wollte ihm noch zu zureden und sprach von einem „kleinen Schnupfen“, da richtete sich der Kaiser plötzlich auf, sah ihn ganz ernst an und sagte: „Ein großer Schnupfen — bei mir ist alles groß.“ (S. 173 f.)

Lehrermangel.

Wer nicht erziehen kann, wird nie ein guter Lehrer sein, und ein Volk, das keine Erzieher hat, ist verloren. Wir sind das Land der größten Erziehungssysteme, das Land, in dem die wissenschaftliche Betrachtung der Pädagogik, wie sie Herbart begründet hat, stets besondere Pflege gefunden hat, wir haben im Deutschland der letzten Jahrzehnte verhältnismäßig bedeutende Erziehungsstätten gesehen, die ohne jede beherrschende und staatliche Unterstützung von diesen Männern und Frauen geschaffen und erhalten wurden und jetzt der Zeit zum Opfer fallen. Trotzdem aber ist die völlige Hilflosigkeit unserer Schulziehung, die so unbedeutende Mißstände hat an dem Zusammenbruch im Krieg und Nachkrieg.

Haben wir wirklich einen Mangel an Lehrern und Erziehern? Wir haben, in allerdings unabwehrbarer Menge, den Unterrichtsbeamten mit der noch immer vorwiegend schriftmäßigen konfessionellen Erziehung, haben darüber hinaus den halbgelernten mit der unglücklichen Liebe nach dem Hochschulkatheder und wir haben leider auch den börsartigen Zuchtmeister, den natürlichen Feind der Jugend und alles freien, jugendlichen Lebens. Aber wir besitzen zu wenig geborene Führer der Jugend als Lehrer, die zugleich auch Führer des Volkes zu Fortschritt und Freiheit sein würden.

Eben jetzt, in den letzten Jahren, hatte es sich hier gezeigt, waren Ansätze zur Besserung zu spüren, da aus den Reihen der erwachten

Nur nicht eingreifen!

Drei Tage nach dem Münchener Putsch hört man von irgendwelchen Absichten der Reichsregierung gegenüber Bayern überhaupt nichts mehr. In der Nacht zum Freitag schien in der Reichskanzlei die Erkenntnis zu herrschen, daß nunmehr das Karrenhaus an der Nar von Reichswegen unverzüglich gesäubert werden müßte. Die vorläufige Verkehrsperre hat keine zwölf Stunden gedauert, von einem Vormarsch der Reichswehr ist selbstverständlich nicht mehr die Rede, und während noch am Sonnabendmittag von amtlicher Seite eine Mitteilung in Aussicht gestellt wurde, wonach der Oberreichsanwalt den Auftrag erhalten würde, Hochverratsanklage und Haftbefehl gegen die Münchener Putschisten zu erheben und eine Untersuchung gegen alle Hauptbeteiligten einzuleiten, hat man sich anscheinend inzwischen eines Besseren besonnen: Die angekündigte Mitteilung ist bis gestern Mitternacht ausgeblieben und sie wird wahrscheinlich auch weiter ausbleiben.

Offenbar ist man sich dessen bewußt, daß, wenn erst der Oberreichsanwalt die Angelegenheit in die Hand nähme, manderlei ans Tageslicht käme, was erst recht das Reich zum Durchgreifen zwingen würde. Insbesondere könnte sich dabei herausstellen, wie sich die „Bergewüstung“ in einem anderen Raume“ in Wirklichkeit abgespielt hat und die kausalen Gemüter, die uns heute regieren, wollen anscheinend das zartbesaitete deutsche Volk mit der Schilderung dieser heißen Begebenheiten verschonen. Man zieht es daher vor, auch in dieser Frage die bayerischen Hoheitsrechte zu respektieren und die schamlose Schiebung, die jetzt drüber im vollen Gange ist, nicht weiter zu stören. Rahr soll wieder der reichstreue nationale Mann sein, Ludendorff der größte Held des Weltkrieges, der nur einer Irreführung zum Opfer gefallen ist, Lossow der gehorsamste Reichswehrgeneral mit der zuverlässigsten Truppe der Welt, Hitler der tapfere, nur etwas zu ungestüme nationale Idealist — und überhaupt Bayern die schönste Ordnungszelle Europas.

Der Reichstanzler meint wohl: „Wenn die streitenden Brüder als die Hauptinteressierten sich wieder vertragen wollen, warum soll ich päpstlicher als der Papst sein und diese unerhoffte Veröhnung als Unbeteiligter stören? Ob Judostuß oder Bruderkuß — Hauptsache, man küßt sich wieder im Namen des geheiligten Kampfes gegen den Marxismus!“

Das scheint überhaupt das Ende des Liedes zu sein. Was Hitler in den wenigen Stunden seiner Straßenherrschaft eingeleitet hatte, wird von Rahr auf verwaltungstechnischem Wege vollendet: Die nationalsozialistischen Banditen halten unsere „Münchener Post“ mit Gewehrkolben gründlich zerschüttert; trotzdem konnte sie alsbald notdürftig wieder erscheinen. Der Generalstaatskommissar ist ob dieser Fähigkeit dermaßen empört, daß er inzwischen kurzerhand die gesamte sozialdemokratische Presse Bayerns mit einem Federstrich unterdrückt.

Wer da noch behaupten will, daß der Münchener Putsch seiner wohlverdienten Strafe entgeht, der ist schlimmer als ein Verleumder, nämlich ein „Marxist“.

Wenn wir hier diese Dinge in bitter-scherzhafter Weise behandeln, so wird sich hoffentlich niemand über unsere wahren Gefühle täuschen. Und wir sind überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes nicht nur das, was in München geschieht, sondern noch mehr das, was in Berlin unterbleibt, als die größte Schande Deutschlands seit Jahren empfindet. Und wir wissen ferner, daß die besten und aufrichtigsten Freunde unseres Vaterlandes in der Welt mit Empörung und Verachtung diese Dinge betrachten.

Aber die tieferen Gründe dieser erbärmlichen Passivität der Reichsregierung gegenüber der zum Himmel sinkenden bayerischen Schande sind leicht zu durchschauen: in einem Augenblick, wo die Regierung nach rechts erweitert werden soll, wo gewisse bürgerliche Politiker um die Mitarbeit der Deutschnationalen wuseln, können sie nicht gegen Bayern

vorgehen. Und wenn morgen Herr Dr. Stressemann eine Entschuldigungsnote nach München senden sollte wegen der vorübergehenden Verhängung der Verkehrsperre gegen Bayern, so würde uns das auch nicht wundern. Denn auf eine Erniedrigung mehr oder weniger kommt es wahrscheinlich nicht mehr an.

Nationalsozialistische Agitation in Sachsen.

Dresden, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In Weiskirchen unweit Plauen sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag 34 Nationalsozialisten gefangen worden. Sie erkundigten sich nach der Straße nach Bayern und gaben an, Gestellungsbefehle erhalten zu haben; danach mußten sie am Sonnabend in Marktredwitz einreisen. In Hof fand am Sonnabend eine Demonstration von etwa 2000 Nationalsozialisten und Oberländern statt. Uebereinstimmende Meldungen besagen, daß die „Demonstranten“ bewaffnet und uniformiert waren. Plakate mit dem Rührschrei „Verbot der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und des Bundes „Oberland“ wurden von den Plakatsäulen abgerissen. In Zwickau waren von den Nationalsozialisten Zettel angeklebt, die den Inhalt: „Kamerad, auch deine Freiheit steht auf dem Spiel! Triff ein in die nationalsozialistischen Hunderkschaften!“ Die Behörden schanden nach den Urhebern und Verbreitern dieser Zettel. Die Postzeit drang in Zwickau in eine Sitzung von Mitgliedern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und brachte die Anwesenden zur Feststellung ihres Namens nach der Polizeiwache. Das bei ihnen vorgefundene Material wurde beschlagnahmt und den zuständigen Behörden übergeben. In Würzen fand am Sonnabend ein sogenannter „Deutscher Abend“ statt, zu dem die Amtshauptmannschaft Grimma die Genehmigung erteilt hatte. Als die Stahlhelmtruppe dabei das Ehrhardtlied sangen, kam es zu schweren tödtlichen Angriffen auf die überwachenden Polizeibeamten, die eingegriffen suchten. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden in verschiedenen Orten von Leipzig Plakate angeklebt, in denen zur Bildung von Abwehrhunderkschaften aufgefordert wird, um den Faschistenüberfällen zu begegnen.

Zwickau, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Warenhaus der Gehr, Urie wurde am Sonnabend von der Reichswehr eine Hausdurchsuchung nach Waffen und Mitgliedern von Hunderkschaften vorgenommen. Obwohl das Haus vorher umstellt worden war, verließ die Suche ergebnislos. Die Firma hat gegen das Vorgehen der Reichswehr Protest eingelegt.

Chemnitz, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend rückte in Schwarzenberg ein Bataillon Reichswehr ein; es handelt sich um die bisher in Schneeberg einquartierten Truppen. Sofort nach dem Einmarsch sind von der Reichswehr 20 Personen festgenommen worden, die jedoch bis auf zwei wieder freigelassen wurden. In Aue nahm die Reichswehr 15, in Schneeberg 6 und in Neukirchen 1 Person fest. Auch in der unmittelbaren Umgebung von Chemnitz und in der Stadt selbst wurden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen.

Das Eldorado der Hochverräter.

Schlösser und Rittergüter sind heute die Aufenthaltsstätten aller „nationalen“ Abenteuerer. Schon daraus ergibt sich, welchen Interessen der immer wieder angekündigte Putsch dienen soll und gegen wen er sich richtet. Bevor Ehrhardt in Bayern verhaftet wurde, weilte er monatelang auf einem Schloß bei Schillersee in Bayern. Auch heute hält er sich wieder in Bayern auf und wohnt dort abwechselnd in den verschiedensten Schlössern. Diese Tatsache bleibt bestehen, selbst wenn die amtlichen Reichsstellen noch weiterhin betonen sollten, daß Ehrhardt nach seiner Flucht aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis in Bayern Unterkunft nicht gefunden hat. Tatsache ist, daß er in der vergangenen Woche eine Nacht auf Schloß Oberlausitzen bei einem Herrn v. Cronstedt gewohnt hat und in den beiden folgenden Nächten in Resthausen bei Baron Trudsch Unterkunft fand.

Bei den bayerischen Herren von und zu finden deutsche Hochverräter also jederzeit Unterkunft. Warum, werden sie am besten wissen. Aber auch der deutschen Arbeiterschaft sollte das eine Lehre sein, in Zukunft einig und geschlossen zusammenzutreten. Die Parone und Fürsten gewähren den Ehrhardt und Genossen selbstverständlich nur deshalb Unterkunft, um sie dereinst als Werkzeuge zur gewaltsamen Wiedereinsetzung „vergangener Herrlichkeiten“ zu benutzen.

Die Thüringer Krise.

Weimar, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag, den 8. November, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion nach eingehender Beratung über das Verhalten der kommunistischen Partei und der kommunistischen Regierungsmitglieder in Thüringen die Entscheidung getroffen, daß nach dem Vorgefallenen ein dauerndes Arbeiten mit den Kommunisten nicht möglich erscheint. Aber angesichts der Erklärungen des Reichstanzlers, daß die Kommunisten einer Landesregierung nicht angehören können, hielt die Fraktion eine Klärung der Differenzen mit der kommunistischen Partei zurzeit nicht für angebracht und glaubte deshalb, die Entscheidung bis zur Aufhebung der Besetzung von Weimar zurückstellen zu müssen. Durch das am Freitag, den 9. November, vormittags ergangene Verbot des Militärbeschlüßhabers, Kundgebungen jeder Art nicht ohne seine Genehmigung zu veranstalten, sah sich die Landtagsfraktion außerstande, der Arbeiterschaft Thüringens das Ergebnis ihrer Beschlüsse zur Kenntnis zu bringen, da sie im Interesse ihrer Partei es nicht für angebracht hielt, den Militärbeschlüßhaber um Genehmigung der Bekanntgabe ihres Auftrages zu ersuchen. Nach Aufhebung des Verbotes teilte die Arbeiterschaft Thüringens am Montag die am 8. November gefassten Beschlüsse mit. Sie wird zu dem inzwischen erfolgten Rücktritt der kommunistischen Regierungsmitglieder und dessen Begründung umgehend der Öffentlichkeit ausführlich Stellung nehmen.

Devisenhöchstpreis und Warenpreise.

Der Dollarkurs ist in den letzten Tagen infolge der Höchstpreispolitik der Reichsregierung am Devisenmarkt stabil geblieben. Die Warenpreise aber gehen unauffällig weiter in die Höhe. Wir erleben eine Teuerung in Gold, noch ehe die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung auch nur annähernd ihr Einkommen dem Goldstand anpassen konnte. Diese Entwicklung muß zu einer weiteren Entregung der auf Papiermarkt angewiesenen Lohn- und Gehaltsempfänger und zur gänzlichen Verelendung der Unterhaltungsbedürftigen führen.

Die Bewilligung der höheren Preise für Lebensmittel wird vom Produzenten und Handel erzwungen, indem man die Belieferung der Märkte mit Ware einschränkt. Soweit die Lebensmittel aus dem Ausland herangeholt und mit Devisen bezahlt werden müssen, ist das ökonomisch begründet. Bei den knappen Zusuhlungen der Reichsbank muß natürlich die Lebensmitteleinfuhr aus dem Ausland immer mehr zusammenschrumpfen, dem nur entgegenwirken werden kann, wenn die Reichsregierung ihre Absicht, einen Devisenfonds zu schaffen, mit größter Beschleunigung durchführt und zur Lebensmitteleinfuhr erhöhte Beträge in fremden Zahlungsmitteln bereitzustellen.

Vollkommen ungerechtfertigt aber ist die gewaltige Verteuerung inländischer Waren. Hier scheint neuerdings die

Gesplozenheit einzureißen, daß man den Preisen denjenigen Dollarstand zugrunde legt, den man morgen erwartet, und daß man entsprechend die Preise heraufsetzt. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand. Er ist wesentlich mitbedingt durch die Tatsache, daß an den börsennotierten schwarzen Börsen für fremde Devisen wesentlich höhere als die amtlichen Kurse gezahlt werden und daß auf diese Weise die Erwartung eines neuen Marksturzes künstlich genährt wird. Die Tätigkeit dieser schwarzen Börsen ist unbedingt und mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Wenn sich schon alle Welt darüber im Klaren ist, daß die Zufallskurse der Mark an den Auslandsbörsen keinen Maßstab für die Bewertung ihrer Kaufkraft darstellen, so muß alles geschehen, um ein Uebergreifen dieser Notierungen auf den inneren Markt zu verhindern.

Die Mark aber ist und bleibt zu weiterem Sinken verurteilt, wenn es nicht gelingt, dem starken Auftrieb der Preise für deutsche Waren entgegenzuwirken. Es ist zu fordern, daß nun endlich mit der Einführung von Höchstpreisen in Gold für die wichtigsten Lebensmittel ernst gemacht wird. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit wird eine derartige Höchstpreispolitik ohne Erfolg bleiben, wenn es nicht gelingt, auch die an den Höchstpreis gebundenen Waren in ausreichender Menge auf den Markt zu bringen. Deshalb wird man auf die Regulierung der Preise z. B. durch die Getreidelereserven der Reichsgetreidestelle zurückgreifen und dafür sorgen müssen, daß auf den übrigen Gebieten langfristige Lieferungsverträge zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern einerseits und Kommunen und Verbraucherorganisationen andererseits zustandekommen. Es erwies sich bereits als schwerer Fehler, daß man die Brotgetreidewirtschaft in einem Augenblick dem freien Spiel der Kräfte überlassen hat, in dem das Schicksal der Mark sich vollendete. Wir haben heute eine schlimmere Rationalisierung des Brotes als im Krieges, wo es jeder erhielt, während es heute dem Armen nicht mehr käuflich ist. Es sollte jetzt alles daran gesetzt werden, die verheerenden sozialen Folgen der Uebergangswirtschaft zu mildern. Jedenfalls ist eine Höchstpreispolitik am Devisenmarkt undenkbar ohne ergänzende wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche die unerwünschten Folgen derartiger künstlicher Eingriffe auf die Gesamtwirtschaft beizugehen können.

Die Goldpreise der Eisenbahn. Sozialdemokratische Vorstellungen.

Die Einführung der Goldpreise auf der Eisenbahn hat unhaltbare Zustände geschaffen. Die Verursächten, die Papierlohn erhalten, sind häufig nicht imstande, die Wochenlöhne zu kaufen, weil sie sozial kosten, wie sie in der vorhergehenden Woche an Lohn erhalten haben. Diese Tatsache, über die der sozialdemokratischen Reichsdelegation zahlreiche Eingaben angegangen sind, hat sie veranlaßt, im Reichsverkehrsministerium dringend Vorstellungen zu erheben, damit dieser unhaltbare Zustand abgeklärt wird.

Reich und Eisenbahnregie. Vor einer Verständigung.

Düsseldorf, 12. November. (WIB.) Im hiesigen Rathaus fanden am 9. November Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und Vertretern der französisch-belgischen Eisenbahnregie wegen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs statt. Anwesend waren außerdem ein Vertreter der Rheinlandsbahn und Vertreter der Reichsregie von Düsseldorf und Essen. Es handelte sich zunächst um eine Besprechung der Gesamtsache in großen Zügen, also um eine Rahmenbesprechung, bei der nur grundsätzliche Fragen festgestellt und grundsätzliche Vereinbarungen für die späteren Einzelverhandlungen getroffen werden sollten, so u. a. über eine Ergänzung des Wagenparks. Die Franzosen forderten die Wiederherstellung des Wagenparks auf den Stand vom 11. Januar. Sie behaupteten, es seien noch 30000 Wagen im unbesetzten Gebiet. Von deutscher Seite wurde dagegen erklärt, die Wagen seien zum größten Teil im besetzten Gebiet und könnten nur durch die Verstopfung der Bahnhöfe nicht an die Bestimmungsorte gelangen. Der allgemeine Eindruck der Besprechung ist, daß man sich verständigt werden werde, da beide Parteien einsehen, daß die Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse im Rhein- und Ruhrgebiet ist. Auch gestern nahmen die Verhandlungen einen guten Fortgang. Ein Abschluß ist für morgen zu erwarten.

Poincaré neuer Schachzug. Er beruft selber die Konferenz.

WIB. meldet aus Paris: Ministerpräsident Poincaré hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zu überdenken. Er hat infolgedessen den französischen Delegierten in der Reparationskommission Barhous beauftragt, morgen der Reparationskommission vorzuschlagen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. Dieses Sachverständigenkomitee soll sich aus Vertretern der Länder zusammensetzen, die im Reparationsauschuss vertreten sind.

Paris, 12. November (WIB.). In einer Mitteilung des diplomatischen Mitarbeiters der Agence Havas, der eine Umfrage in den beteiligten Kreisen veranstaltet hatte, heißt es, der französische Ministerpräsident weigerte sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten, heute, wo der passive Widerstand aufgehört habe und vorläufige Verständigungen, die wegen der Sachlieferungen festgestellt wurden, verschwinden seien dank der unmittelbaren Abmachungen mit den deutschen Industriellen.

Verhaftung eines Journalisten.

Am Freitagmorgen wurde der hiesige Korrespondent des jüdisch-sozialistischen Tagesblattes „Forward“ in New York, Genosse B. Beschäftigt, verhaftet, weil er angeblich über den Judenpogrom in Berlin übertriebene Nachrichten nach Amerika telegraphiert hatte. Auf die Intervention des Parteivorstandes wurde er am Nachmittag aus dem Polizeipräsidium entlassen und in Hausarrest gebracht. Am Sonnabendnachmittag jedoch wurde er auf Anordnung des Militärbeschlüßhabers, General Horn, zum zweitenmal verhaftet und nach dem Gefängnis gebracht.

Die Nachricht über die Verhaftung des Genossen Beschäftigt hat in den Kreisen der ausländischen Korrespondenten begriffliche Erregung ausgelöst. Auch wir müssen uns ganz entschieden gegen diese Maßnahme wenden, die nur geeignet ist, die Interessen Deutschlands in der ganzen Welt zu schädigen. Keine noch so übertriebene Meinung über jüdenfeindliche Ausschreitungen in Berlin kann das Ansehen Deutschlands so schaden, wie die Einschränkung der Berichtserfasserfreiheit durch so gewaltsame Maßnahmen. (

Jugend heraus böhrtete junge Menschen den Mut hatten, ihre pädagogische Begeisterung in den Säulen der Schule zu tragen und den Kampf mit der Finsternis anzunehmen. Da schlägt ihnen Berufsüberfüllung, Beamtenabbau und ein ganz unnatürliches Ausleseprinzip die Tür zu. Und abetmals geraten Generationen von neuer Jugend in Gefahr, Lehrern anvertraut zu werden, die nicht die Fähigkeit und darum auch nicht das Recht haben, die Jugend zu führen und zu erziehen. Die Sünden verkehrter Schulpolitik in Lehrerauslese- und Lehrerausbildung haben sich schon gerächt und alle noch so begründeten Neuerungen von oben her werden nichts nützen, wenn es nicht gelingt, die geeigneten Gelehrer zu gewinnen. Hoffentlich wird man nicht einst von Deutschland sagen müssen: Es ist zugrunde gegangen, weil es keine Lehrer hatte. Dr. Willy Blumenthal.

Rein Abbau der Unterstellen! In der Presse werden nach wie vor Nachrichten über den Abbau der preussischen Universitäten verbreitet. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erklärt, daß diese Behauptung jeder Begründung entbehre.

Eine Zeppelin-Werft in den Vereinigten Staaten. Die Verhandlungen zwischen den deutschen Zeppelin-Werken und der amerikanischen Goodyear-Gesellschaft hat, wie der „Times“ aus New York berichtet wird, zur Begründung einer besonderen Gesellschaft für die Herstellung von Zeppelin-Luftschiffen geführt. Die deutschen Zeppelin-Werke erhalten einen Anteil am dem Aktienkapital der neuen Gesellschaft für die Patentrechte und die Dienste ihrer Techniker, die sie zur Verfügung stellen. In einer Zuschrift an die „Times“ wird mitgeteilt, daß die Möglichkeit besteht, diese so überaus wichtige Industrie für England zu gewinnen, und es wird beklagt, daß die Vereinigten Staaten gegenüber England den Vorrang erlangt und sich damit den Bau der besten Luftschiffe gesichert haben.

Die Geheimgelehrer Sworows. In Moskau sind, dem D. C. C. zufolge, die Tagebücher Sworows, des Begründers und langjährigen Herausgebers der „Rozwizje Wremja“, erschienen, die er bis zu seinem Tode insgeheim geführt hat. Sworow, der in seinem einflussreichen Blatt stets als Bundesgenosse der Zarenregierung Politik irred und als Feind aller zeitgemäßen Reformen in liberalen Kreisen verfaßt war, zeigt in seinen Aufzeichnungen ein anderes Gesicht: der treuherrliche Zarenbenedictener von altrussischer Art ergeht sich hier in den bittersten Betrachtungen über den zarischen Absolutismus und notiert zahllose Beispiele der Verworfenheit im Zarenhause und in den Kreisen des Hofes und der höchsten Beamten.

Marie Germain vom Stadttheater in Duisburg tanzte heute im Schwedentanz.

Gitarren-Maler, J. J. Das dritte Konzert findet am 19. in der Bühnenhalle mit dem Chorbundmusikanten Orchester statt. Zur Aufführung gelangt die Dritte Sinfonie, Dirigent Hans Bringschrim, Mit. Solo, Solo, Solo, Solo, Solo.

Die Theatermusik in ihrem Abstrakten am 12. im Schwedentanz. Die Werke von Regier, Bach, Alcid Baba (Orchesterführung) u. a.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Öffentlicher Protest.

Die unterzeichneten Organisationen sehen sich durch das rigorose Vorgehen des jetzigen Oberbefehlshabers und des Wehrkreiskommandeurs gegenüber einer im berechtigten Lebensinteresse kämpfenden Arbeiterklasse veranlaßt, den schärfsten Protest zu erheben. Derartige Maßnahmen sind nicht geeignet, ausgebrochene Lohnkämpfe auf dem Weg friedlicher Verständigung zum Abschluß zu bringen, sondern wirken in umgekehrter Richtung. Wir verlangen völlige Freiheit in allen unseren Maßnahmen, die im Interesse unserer Bewegung notwendig sind. Wir erwarten von der gesamten Arbeiterklasse, daß sie diesem Protest beiträgt und uns alle moralische Unterstützung anbietet.

Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

Verband graphischer Hilfsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Steindrucker und Lithographen, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Die Funktionärerversammlung von der Schupo aufgelöst.

Die überfüllte Funktionärerversammlung der graphischen Arbeiter nahm gestern nachmittag einen Situationsbericht über die Streiklage entgegen. Der Vorsitzende konnte zunächst mitteilen, daß sich die Situation in keiner Weise verändert hat. Die von den Organisationen für den Streik getroffenen Maßnahmen sind unbeschadet aller Verordnungen des Oberbefehlshabers durchgeführt worden.

Lebhafte Beifall löste die Mitteilung aus, daß größere Betriebe anderer Berufe durch Delegationen ihre Sympathie den streikenden graphischen Arbeitern ausgesprochen haben und daß auch Vertreter der Arbeitslosen erklärten, sie werden auf die gegen die Buchdrucker im Falle eines Mangels an Zahlungsmitteln inszenierte Hege nicht reagieren.

Im Laufe des Vormittags wurden die Vorstände aller beteiligten Organisationen zum Polizeipräsidium gebeten. Dort konnten die Vertreter des Polizeipräsidiums davon überzeugt werden, daß die Verordnungen der Militärbehörden auf falschen Voraussetzungen beruhen. Es wurde dann noch eine weiter vorbereitete Verordnung bekanntgegeben, wonach die technischen Angestellten (Faktoren usw.) in Rotendruckereien gezwungen werden sollen, auch andere als tarifliche und vertragsmäßige Arbeiten zu verrichten, was einem Streikbruch gleichkommen würde.

Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß gegenwärtig wieder Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattfinden, weshalb die Versammlung auf einige Zeit vertagt werden sollte, um den Bericht der Unterhändler entgegenzunehmen. In diesem Augenblick rief das Erscheinen der Schupo in größerer Zahl stürmische Entrüstung hervor. Nachdem der Leiter der Schupo die Personalien der Einrufer und Leiter der Versammlung festgelegt hatte, erklärte er der Versammlungsteilnahme, daß er Befehl habe, die Versammlung aufzulösen.

Nach einem kernigen Schlusswort des Versammlungsleiters, in dem er die Funktionäre zur Ruhe und Besonnenheit aufforderte und weitere Maßnahmen der Organisationen abzuwarten ersuchte, ging die Versammlung in mustergültiger Ordnung und unter den Klängen der „Internationale“ auseinander.

Die nächste Funktionärerversammlung findet heute mittag 12 Uhr in der „Neuen Welt“ statt. Die Kollegen aus den Betrieben finden sich jeweils Versammlungsort um 3 Uhr nachmittags an ihren Treffpunkten ein. Bis zur Stunde ist der Kampf noch nicht beendet.

Solidarität der Angestellten.

Die Angestellten der Reichsdruckerei nahmen gestern Stellung zu der Zumutung, Streikarbeit zu verrichten. Auf Grund der Stellungnahme der Organisationen der Angestellten wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die Angestellten beschließen hiermit, keine Streikarbeit zu verrichten.“

Reaktionäre Stimmungsmache.

In einem Teil der gestrigen Abendblätter wird berichtet: Arbeitswillige, die gestern in der Reichsdruckerei die Arbeiten aufnehmen wollten, seien durch Streikposten und Unkrautblätter abgehalten worden. Im Zusammenhang hiermit wird dem Berliner Polizeipräsidium der Vorwurf gemacht, daß es nicht durch Einfuhr ausreichender Polizeikräfte genügend für den „Schutz der Arbeitswilligen“ gesorgt habe.

Der gegen das Polizeipräsidium erhobene Vorwurf ist ebenso unberechtigt wie die Behauptung von einem gewaltsamen Entfernen Arbeitswilliger aus der Reichsdruckerei unrichtig ist. Die betreffenden Drucker haben freiwillig den Betrieb verlassen. Die Polizei war mit genügenden Kräften zur Stelle, um etwaigen Ausschreitungen entgegenzutreten. Sie hatte dazu keine Veranlassung.

Neuanlage des Reichsbankplatzes.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Entschuldigung: „Durch den Buchdruckerstreik hat die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel eine nicht unerhebliche Be-

einträchtigung erfahren. Ein gleichmäßiges Vorgehen der privaten und öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber bei der Einführung dieser Zahlungsmittel in die Lohnzahlungen ist insoweit in Frage gestellt. Bei der morgigen Lohnzahlung des Reiches mit wertbeständigen Zahlungsmitteln wird vielfach nicht in der vorgesehenen Höhe gezahlt werden können. Auch bei den folgenden Zahlungen des Reiches, der Länder und Gemeinden an Beamte, Angestellte und Arbeiter werden wohl noch Unregelmäßigkeiten in der Zahlungsmittelversorgung in Kauf genommen werden müssen. Auch Erwerbslosenunterstützungen und Sozialrenten müssen infolge des durch den Streik herbeigeführten Mangels an erforderlichen Kleinmünzungen vorläufig noch in Papiermark bezahlt werden.“

Erst Verlängerung der Arbeitszeit! Dann vielleicht Goldgehälter.

Der IFA-Bund hat dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie die Forderung überreicht, den Angestellten für den Monat November Gehälter auf Goldmarkbasis zu zahlen. — In einer Verhandlung, die am 9. November stattfand, überreichten die Arbeitgeber den Angestelltenvertretern „Grundsätze für die Einführung von Goldrechnungsgehältern“. Darin erklärte sich der Arbeitgeberverband grundsätzlich bereit, über eine versuchsweise Einführung von Goldrechnungsgehältern mit den Angestelltenorganisationen zu verhandeln, erklärte aber, beim Uebergang müsse man mit größter Vorsicht vorgehen und unter den Friedensnominalgehältern bleiben, um erst einmal zu sehen, in welcher Höhe die Goldgehälter für die Industrie tragbar seien. Ferner müssten den Goldrechnungsgehältern auch Friedensgesamtleistungen gegenüberstehen. Deshalb verlangt der Arbeitgeberverband grundsätzlich eine „gerechtere“ Abstufung der Gehälter für die jugendlichen und weiblichen Angestellten gegenüber den männlichen Angestellten. Außerdem erwartet er unbedingte Unterstützung der Angestelltenorganisationen bei der Hebung der Leistung der Angestellten. Die Angestelltenorganisationen sollen sich ferner verpflichten, dort, wo das kommende Arbeitszeitgesetz eine längere Arbeitszeit zuläßt, als sie in dem Tarif vorgegeben ist, erforderlichenfalls Vereinbarungen zu treffen, die eine längere Arbeitszeit zulassen als die jetzige.

Hieraus ist zu entnehmen, daß die Arbeitgeber ihre Zusage bezüglich Einführung von Goldgehältern abhängig machen von der Zustimmung der Angestelltenorganisationen zur Verlängerung der Arbeitszeit und anderen Dingen.

In einer stark besuchten Mitglieder-versammlung des IFA-Bundes wurden die Arbeitgeber-Grundsätze für die Einführung von Goldrechnungsgehältern abgelehnt und nachstehende Entschliessung einstimmig gefaßt:

„Die am 9. November in den „Rustlerhallen“ tagende Mitglieder-versammlung des IFA-Bundes, chemische Industrie, lehnt die „Grundsätze für die Einführung von Goldrechnungsgehältern“, die der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie bei Gelegenheit der Festsetzung von Grundgehältern durchzuführen will, ab. Sie stellt sich auf den Standpunkt der in der Vermittlung der Tarifkommission aller Branchen des IFA-Bundes am 7. November zum Ausdruck kam, und verlangt von den Gewerkschaften und Hauptvorständen, in der nächsten Woche den entscheidenden Schritt, nämlich den Aufruf zum gemeinsamen Kampf aller Angestellten Groß-Berlins, zur Erringung der Goldmarkgehälter.“

„Goldmarklöhne“.

Ein neuer Lohnbetrag an der Arbeiterklasse.

Durch die zurzeit in Deutschland gezahlten ermäßigten Löhne, d. h. durch den Lohnbetrag, der bei der dauernden Geldentwertung an den deutschen Arbeitern veräußert wird, werden die deutschen Arbeiter gezwungen, Entlohnung auf wertbeständiger Basis zu fordern. Entlohnung nach Goldmark ist deshalb die Forderung des Tages. Diese Forderung muß mit aller Energie vertreten und für sie alle Kräfte des Proletariats mobil gemacht werden. Aber bei dem Streben nach der Entlohnung in Goldmark ist Vorsicht am Platze, da das Streben nach diesem Ziel sehr leicht gegen die Arbeiter auszuclagen kann, wie ein Schiedsgericht bewies, der am 10. November vor dem Reichsarbeitsministerium für die

Berliner Textilindustrie

gefaßt wurde. Dieser Schiedspruch, welcher die Berliner Textilarbeiter auf „wertbeständiger Basis“ zum Hungern verurteilt, sei in seiner ganzen Schönheit hierhergeholt:

„Der Lohn für die männlichen ungelerneten Arbeiter über 20 Jahre wird für alle Betriebe in gleicher Höhe auf 28 Goldpfennige für die Stunde festgesetzt. Die Löhne in den Altersklassen sind wie folgt abzustufen: Ungelernte Arbeiter über 20 Jahre erhalten 100 Proz. — 28 Pf. von 18-20 „ „ „ 75 „ — 21 „ „ „ 16-18 „ „ 55 „ — 15 „ „ „ 14-16 „ „ 35 „ — 9,8 „

Facharbeiter, wie z. B. Weber, Spinner, Stricker, gelernte Seiler usw., erhalten 10 Proz. über den Lohn der männlichen Arbeiter der betreffenden Altersklasse, für gelernte berufsfremde Handwerker, Maschinisten und Heizer erhöht sich dieser Zuschlag auf 15 Proz.

Die Arbeiterinnen erhalten in allen Gruppen und Altersklassen 75 Proz. des Lohnes der männlichen Arbeiter. Die Zahlung der Löhne hat grundsätzlich in goldwertigen Zahlungsmitteln zu erfolgen. Soweit solche nicht zur Verfügung stehen, kann in Papiermark gezahlt werden. Die Berechnung der Goldmark in Papiermark geschieht nach dem amtlichen Berliner IFA-

Dollar-Mittelkurs. Solange und soweit noch nicht in Gold gezahlt wird, erfolgt eine Abschlagzahlung in der Mitte der Lohnwoche; diese Zahlung wird in Goldmark zum Kurse des Zahlungstages umgerechnet und soll 80 Proz. des verdienten Lohnes der ersten drei Tage der laufenden Lohnwoche betragen. Bei der Schlussabrechnung ist der Kurs des zweiten Tages vor dieser maßgebend.

Diese Lohnregelung gilt vom 5. bis einschlt. 18. November 1923 und läuft weiter, wenn nicht drei Tage vor Ablauf eine Kündigung erfolgt.“

Also 28 Pf. Goldlohn soll der ungelernete erwachsene Arbeiter erhalten. Umgerechnet bedeutet das bei einem Dollarkurs von 630 Milliarden

42 Milliarden Höchstlohn pro Stunde.

Zum vergegenwärtigen man sich, was der Arbeiter für diesen Lohn kaufen kann. Ein Brot kostete am Tage des Schiedspruchs 120 Milliarden Mark, also hatte der Arbeiter ziemlich drei Stunden dafür zu arbeiten. Es immer noch sieht es bei den anderen Lebensmitteln, wo nicht wie beim Brot dem Arbeiter gewisse Schranken gesetzt sind. Für ein Pfund Rindfleisch wurden am 10. November in der Zentralmarkthalle 300 bis 450 Milliarden verlangt und gezahlt. Hierfür müßte der Berliner Textilarbeiter also 7 bis 10 Stunden arbeiten. Für ein Pfund Schweinefleisch aber, für das bis zu 600 Milliarden gefordert wurden, 14 Stunden.

Daß die in diesem Schiedspruch festgesetzten Löhne viel zu niedrig sind, geht auch daraus hervor, wenn man sie mit den nicht „wertbeständigen“ Löhnen der anderen Berliner Arbeiter und mit den Unterhaltungsgehältern der Arbeitslosen vergleicht. Bei einem Dollarkurs von 630 Milliarden wurden in Berlin im allgemeinen Stundenlöhne von 70 bis 100 Milliarden gezahlt. Der Berliner Textilarbeiter erhält wertbeständig 42 Milliarden. Ein arbeitsloser Familienvater mit zwei Kindern bekam in der Woche vom 5. bis 11. November 1578 Milliarden Arbeitslosenunterstützung. Der 45 Stunden arbeitende Textilarbeiter erhielt 1890 Milliarden Lohn. Nach Abzug der Steuern, Krankenkassenbeiträge usw. hätte er also nicht mehr wie der Arbeitslose. Die nur fünf, vier oder drei Tage in der Textilindustrie beschäftigten Kurzarbeiter, deren es in Berlin zurzeit viele gibt, hatten aber viel weniger als die Arbeitslosen.

Wer da glaubt, daß sich bei einem Steigen des Dollarkurs das Verhältnis zugunsten des Arbeiters bessern würde, der irrt sich. Der deutsche Dollarkurs wird künstlich niedriggehalten. Die Preise der Waren kümmern sich aber nicht darum. Sie geben, unbeflümmert um den Dollarkurs, und viel schneller als dieser in die Höhe. Mindestens so lange der deutsche Dollarkurs künstlich niedriggehalten wird, können also nur die Warenpreise bei der Festsetzung des Lohnes maßgebend sein. Die Umrechnung der Friedenslöhne in die jetzige Goldmark bedeutet einen neuen Lohnbetrag an der Arbeiterklasse. Das Beispiel in der Berliner Textilindustrie zeigt, welch große

Gefahr bei der Schaffung wertbeständiger Löhne

für die gesamte Arbeiterklasse besteht. Schwach organisierte oder durch die Wirtschaftskrise geschwächte Arbeiterschichten kommen dabei leicht unter den Schlitzen. Größte Solidarität der gesamten Arbeiterklasse ist daher gerade jetzt bei der Umstellung des Lohnes auf wertbeständige Basis ganz besonders notwendig. Die üblichen Ringe des Schiedsgerichts können hier übergangen werden, da die Verhandlungskommission des Textilarbeiterverbandes den Schiedspruch abgelehnt hat. Die jetzt in den Betrieben vor sich gehende Urabstimmung der Verbandsmitglieder wird kaum ein anderes Resultat ergeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Lohnverhandlungen für die Berliner Holzindustrie für die Woche vom 5. bis 10. November sind noch immer nicht erledigt. Das Angebot der Arbeitgeber wurde von den Funktionären des Holzarbeiter-Verbandes als völlig ungenügend abgelehnt. Kammere wird am Mittwoch, den 14. November, ein Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums die Streitfrage prüfen und eventuell einen Spruch fällen.

Der Lohn in den Metallgießereien beträgt in Klasse I 85 Milliarden pro Stunde, in Klasse II 82 und in Klasse III 77,5 Milliarden. Akkordpreise werden um 400 Proz. erhöht.

Die Hamburger Gewerkschaften haben nach IFA den Beschluß aufgehoben, Überstunden zu verweigern, nachdem die Mehrzahl der Gewerkschaften die wertbeständige Lohnabrechnung tariflich durchgesetzt hat. Mit Rücksicht auf die Erwerbslosen sollen jedoch Überstunden nur geleistet werden, wenn solche aus wirtschaftlichen und betriebstechnischen Gründen erforderlich sind.

Die französischen Bergarbeiter beschließen, den Grubenbesitzern die Forderung zu unterbreiten, bis zum 19. November allgemein Verträge abzuschließen nach dem Muster des im Departement Nord und Pas-de-Calais vereinbarten Tarifs.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Konstanz: Holzgen. Mittw. Mitglieder-versammlung im Verbands-haus, Rungelst. 30 (Arbeitslosenloal). Tagesordnung in der Versammlung. — Der Obmann.

Die Holzpreise 10. November: Kesselformholz, acht ein. Stückerl. Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 5 Uhr, Rungelst. 30, Verbandsversammlung.

Abstimmung. Datum D.I. Heute, Dienstag, 4 Uhr bei Josef, Bernauerstr. 10, Protokollabstimmung aller IFA-Verbands. Ergeben unabhingt erforderlich. Der Protokollschreiber.

Waldarbeiter H. E. Schumann u. Co. Heute nachmittags 3 Uhr Betriebsversammlung im Gewerkschaftshaus (Grosche Goll). Situationsbericht. — Der Betriebsrat.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Walter Guterms; Gewerkschaftsbewegung: J. Weiser; Protokoll: Dr. John Schillemann; Soziale und Emilian; Zeit-Ansicht: Wagnert 23, Steier; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Stern 1 Verlag.



OSRAM NITRA

OSRAM NITRA

Gute Beleuchtung unterstützt Auge und Hand.

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

Die im fremden Hause leben.

Die Schlichtungskommissionen, die im April 1919 vom Demobilisationskommissar eingerichtet wurden, um die Streitigkeiten zwischen Hausangestellten und Hausfrauen zu schlichten, haben sich anscheinend gut bewährt, denn sie wurden im Laufe der Jahre vermehrt, und heute besitzt jeder der zwanzig Berliner Bezirke, die einen städtischen Arbeitsnachweis haben, ihre Schlichtungskommission und ihre Beratungsstelle. Die unzähligen „Fälle“, die sich hier abspielen, beweisen, daß die Verhältnisse selbst, teils durch die wirksame Arbeit der Hausangestelltenverbände viele Mißstände behoben sind. Erzieherisch wirkt das lebhafteste Temperament der Hausangestelltenvertreterin, die von dem glühenden Willen befeuert ist, die Lage der Mißwister zu bessern. Ihr rother Wille, zu helfen, vereint sich mit dem Bestreben „gerecht“ zu sein. So jagt mir die Hausangestelltenvertreterin von der Vorkammerin, die die Angestellten vertritt: „Sie ist unglaublich gerecht.“ — So sehr sie nichts verläßt, was einer Hausangestellten nützlich sein kann, selbst in Fällen, in denen das Mädchen sich ins Unrecht setzt, den Haushaltungsvorstand zur Milde und zum Entgegenkommen zu bewegen weiß, so sachlich weiß sie im gegebenen Falle das Publikum über gegenseitige Rechte und Pflichten aufzuklären.

Tragikomödie der Küche.

Keufferst bunt ist das Bild, das vor dem Tisch der Vorkammerinnen vorüberzieht. Manche Träne wird geweint, manch heftiges Wort gerufen, doch auch manches Lächeln gelächelt. Es kommt zu Szenen, die beweisen, daß kein Arbeitgeber noch irgendein Arbeitnehmer mehr auf einander angewiesen sind, als oft die weibliche Hilfskraft und die Frau als Arbeiterin im Heim. Es machen sich hier die Verschönerungen und Einwirkungen unserer Zeit besonders stark geltend: oft sind die Hausangestellten Frauen, die selbst einmal Hausangestellte sich halten konnten, in anderen Fällen ist die Hausfrau selbst einmal Hausangestellte gewesen; und so groß natürlich die Folge der Fälle ist, die immer wieder beweisen, daß der Abhängige auch immer der Ausgenützte ist, so kann nicht verschwiegen werden, daß die Hausangestellte, sobald die Hausfrau durch Leiden, Nebenberuf oder Krankheit im Hause von der Güte ihrer Haushälterin abhängig ist, oft auch die Situation zu ihren Gunsten ausnützt. In einem Falle werden den Vorkammerinnen Rechnungen und Beweise vorgelegt. Ein Koch sagt: „Das sind Ausländer, die muß man hochnehmen.“ Ein Zimmermädchen verschenkt den Viktor an Handwerker, ohne Erlaubnis der Hausfrau. Die Schlichtungskommission sucht zu vermitteln. Die Undankbare steht unter Tränen ein, daß sie es ja schwerlich wieder so gut wird haben können, und die Tränen erweichen die Beklagten, um Lohn und Kostgeldzahlung bei schließlichem Entlassen zu gewähren.

Die Vorkammerinnen werden nicht müde, zu vermitteln, aufzuklären über gegenseitige Rechte und Pflichten. Nicht alle Fälle gehen jedoch so günstig aus. Die meisten beleuchten

Die Notlage der Hausangestellten.

Der Durchschnitt der klagenden Mädchen ist die Hausfrau vor die Schlichtungskommission wegen „fristlosen Entlassens“, das zu Reisekosten sehr beliebt scheint. Man wird dann auf Zahlung von Gehalt für einen Monat und Kostgeld verklagt. Dabei kommt oft der Vorwurf über „schlechtes“ und knappes Essen zulage. Das Mädchen fordert die Herausgabe ihrer Bekleidung. Während in allen anderen Verufen sich Lohn und Entlohnung möglichst rasch dem Wandel der rapiden Markterweiterung angepaßt haben, kämpft die Hausangestellte heute meist noch um ihre richtige Entlohnung. Daher sind die Hausangestelltenverbände bemüht, gewisse Richtlinien zur Entlohnung der Hausangestellten zu finden, die man immer von den städtischen Arbeitsnachweisen erfragen kann. Es ist nach dem Stand der Dinge nicht immer bärer Wille, sondern oft ein nicht „Mitleiden“, der Mann der Arbeiterin ist selbst Angestellter und verfügt nur über beschränkte Mittel. Man hat einen Lohn ausgemacht, der damals sehr hoch schien. Bei der plötzlichen raschen erneuten Markterweiterung habe man freiwillig mehr gegeben, trotzdem man vertraglich ja eine andere Summe ausgemacht habe, und das Essen und die Unkosten für ein Mädchen ja auch entsprechend gemacht sind. — Das Mädchen selbst ist leoplos geworden. Hört von einer Freundin unmögliche Summen genannt, die gezahlt werden, und fordert von der ängstlichen Frau plötzlich

eine für die damalige Zeit hohe Summe. Klar, scharf und einbringlich spricht die Vorkammerin, weist darauf hin, daß ja die Hausangestellte sich nichts für die höchste Entlohnung kaufen kann, betont die wieder erneute Entlohnung, und es gelingt ihr, den vollen Betrag, der der Hausangestellten zusteht, zu erreichen. Natürlich muß immer wieder betont werden, daß es in unzähligen Fällen nicht um nicht wollen, einfach um nicht können handelt. — Die menschliche Beside enthüllt sich oft schmerzhaft, und es ist zum Schluß die Unfähigkeit, sich in die Seele eines anderen Menschen hineinzuversetzen zu wollen oder zu können, oft mehr Unwissenheit als Schlichtheit. Deshalb sind Hausfrauen, die selbst Mangel gelitten, gütiger und großzügiger im Durchschnitt, und der Reiche, der nie lernte, was entbehren ist, kommt nicht auf die Idee, daß er Unrecht tut, läßt sie Rufen und Schreien von Konflikt vor den Augen der Hausangestellten für Gäste und Familie auffahren und kommt nicht auf die Idee, etwas davon dem Personal anzubieten: Vielleicht, weiß es immer gleich für mehrere ist? Kurz und gut, eine Wirtschaftlerin erzählt, daß Kuchen gebacken wurden, von denen nichts herauskam, bis sie sich entschlossen, einen kleinen für sich auch zu backen. Man möchte hier das Gelegte aufstellen: Jeder, der einen Zustand veranlaßt, muß unter demselben — er und vielleicht seine eigenen Kinder — eine Woche lang leben. Hört man nicht immer von denen, die die Keller voll hatten: „Wir können durchhalten!“, sagt nicht die Freundin: „Für dich ist Wollte gut genug!“ Aber all die im Hause tätigen Frauen sehen hundert Dinge herumliegen, von denen ihnen nichts gehört; sie gehen mit Sachen um, die sie nie sich werden kaufen können; sie sehen, wie die Töchter und Kinder des Hauses Nachwerk in den Mund stecken und hören von Soternen die unverschämte Frage: „Ich begreife nicht, wie das Mädchen so hungrig sein kann.“ Selbst die Tante, die ihre Rechte zur Haltung des Hauses ins Haus nimmt, vergißt, daß das junge Ding sich ebenso sehr nach Bonbons sehnt, wie ihre eigenen Kinder.

Hauptklagegründe.

Bei fristlosem Entlassen wird ohne weiteres dem Mädchen Lohn und Kost zugewilligt, wenn nicht ein Verschulden des Mädchens vorliegt. Die Fälle sind von der Schlichtungskommission festgesetzt. Es kommen jedoch Fälle vor, in denen die Angestellten den Dienstvertritt verweigert, weil sie nicht wußte, es sei noch ein zweites Mädchen da. Stand ihr der Zutritt offen, so hat sie natürlich keine Ansprüche. Geschenke können nur dann zurückgefordert werden, wenn großer Unmut vorliegt oder wenn ein besonders kostbares Geschenk — ein Kleid, ein Mantel, die Bedingung geknüpft war: „Sie erhalten den Gegenstand, wenn sie bis April bei uns bleiben.“ Die Vertreterin der Hausangestellten betont immer wieder, daß Geschenke befreit werden müssen, da sie gleichsam oft auf den Lohn angerechnet werden. Man zahlt wenig, aber man schenkt mehr: aus diesem Grunde sind eben Geschenke doppelt Eigentum des Mädchens.

Selbst wenn die Vorkammerin den Haushaltungsvorstand bewegen hat, das Geld, seit der Armentesse dem Mädchen zu zahlen, muß sie oft betonen: „Ja, Fräulein, wenn Sie sich selbst so ins Unrecht setzen, kann ich Ihnen auch nicht helfen.“ Unschämlich werden bunte Stücke zur weißen Wäsche getan, diese wird verdorben. Kindermädchen läßt am sonnigen Vormtag, haben nichts zu tun als auf ein kleines Kind zu achten, und leben nicht, wie die kleine Hand Blatt auf Wall vom hohen Strauche reißt, bis das Kind die Blätter erbricht und die erschreckte Mutter entsetzt, es habe den Mund voller Blätter. In einem Falle hat eine hübsch gekleidete Hausdame, die im Seebad jede Freiheit hatte, fast jeden zweiten Tag nachmittags frei war, am zweiten Tage der Berliner Rückkunft keine Rücksicht genommen, will einfach einen bestimmten Tag, um auszugehen, obwohl die Hausfrau und eine Krankenschwester bei zwei schwer erkrankten Kindern die Hände voll zu tun hatten. Ebenso wurde ein Mädchen zur Zahlung von fünf Millionen Rauf an die Armentesse verurteilt, weil sie ohne vorherige Kündigung den Posten im Stich ließ. — Die Richterin betont: „Sie würden im gleichen Falle Lohn und Kost verlangen; wie kann ich Sie da schätzen? Wenn Ihnen die Stelle nicht gefiel, konnten Sie kündigen.“ Dem Haushaltungsvorstand steht in solchem Falle der Rechtsanspruch für eine Reinnachweise zu. Der Betrag wird gewöhnlich durch Entgegenkommen herabgezahlt, die Summe der Altershilfe übergeben. „Um ein Exempel zu statuieren.“

Die eine der wenigen Einrichtungen mit Behördencharakter, die das Vertrauen und Zutrauen des Publikums verdienen, scheint diese Kommission zu sein, eben weil sie in jedem Einzelfall immer wieder belehrend wirkt, indem sie nicht etwa „straf“, sondern aufzuklären versucht, und der schuldige Teil meist mit der Ueberzeugung fertigelt, man habe zwar seine Rechte gewahrt, ihn jedoch scharf auf die Pflichten gegen den anderen Teil verwiesen.

Wagen Nr. 4848.

Jemand muß diese Frage einmal anschnitten, also soll es hiermit geschehen. Ich stehe an der Ede Turm- und Stromstraße und will nach dem Halleschen Tor. Da gibt es drei Möglichkeiten: Autobus Nr. 11 bis Brandenburger Tor, dann weiter mit Autobus A oder Straßenbahn Linie 13 bis Potsdamer Platz und dann umsteigen, oder mit der 4. Die Straßenbahn ist billiger und erhält also den Vorzug. Zufällig kommen die 13 und die 4 zugleich. Ich nehme die 4, die zwar einen Umweg fährt, aber die unsichere Chance ausschließt, wie lange man am Potsdamer Platz auf Anschluß warten muß. Aber wie gesagt, alles ist noch herrlich und friedlich.

Am Hauptplatz hat sich das Bild bereits geändert. Fünfstel ist die Stange herausgerückt, Schaffner und Publikum beginnen zu fluchen. In der einen Hand viele Ballen Papiergeld, die er gerade abzählen will, um auf einen 50-Milliarden-Schein herauszugeben, verrenkt er sich rücklings aus dem Wagen herous und scheint den Versuch zu machen, einen Drachen, der sich in der Oberleitung verhält hat, wieder flott zu kriegen. Der Schweiß tritt ihm auf die Stirn, er plagt sich redlich, aber vergebens. Schließlich bittet er einen Fahrgast, das Wechselgeld zu halten, einem anderen gibt er die Drachenleine, dann steigt er aus dem Wagen und versucht der Sache von hinten beizukommen. Er zieht und stößt, biegt und drückt, springt hierhin und dorthin und steigt schließlich wieder auf. Hurrah, es geht weiter. Bang, schon wieder ist die Stange heraus, diesmal hängt die ganze Trommel an der Seile und fuhrwert lebensgefährlich unter den Passagieren des Hinterperrens herum. Diese bilden sich und weichen aus nach Maßgabe ihrer jeweiligen körperlichen Gewandtheit und des verfügbaren Raumes. Nimmere steigt auch der Fahrer ab, die Kurbel in der Hand, und behauptet, da müsse doch etwas los sein. Man beschließt, dem nächsten Kontrolleur, der kommt, die Sache vorzutragen. Endlich an der Potsdamer Brücke kommt der Kontrolleur. Er sah die widerpenfliche Stange nur mißbilligend an und machte sich einige Notizen, mit dem Erfolg, daß die Stange von der Potsdamer Brücke bis zum Potsdamer Platz, wo er abstieg, nicht ein einziges Mal einen Seitensprung machte. Diese günstige Wirkung hielt sogar vor, zum Schaden eines gewandten Schnelläufers, der zwischen Anhalter Bahnhof und Großberrenstraße den für die Fahrgäste interessanten Versuch machte, in voller Fahrt aufzuspringen. Dieser Mann hatte es sicher eilig, aber die Vorkehrung warf ihm, als er gerade hätte aufspringen können, durch einen Windstoß den Hut vom Kopf. Mit einem Fluche ließ der Mann von dem Wagen ab und holte sich seinen Hut. Mit seinem vermeintlichen Mißgeschick habend ging er langsam auf dem Bürgersteig nach dem Halleschen Tor zu. Er überholte aber bereits am Königgrüher Theater mühelos unseren Wagen, dessen steil aufgerichtete Stange sich jedem Versuch, sie wieder in Kontakt mit der Oberleitung zu bringen, erfolgreich widersetzte. Er kam zu Fuß weit früher zum Ziel als wir, womit die unendliche Gerechtigkeit der Vorkehrung wieder einmal bewiesen war.

Zweifellost ist es nur meine Schuld, daß ich diese unglückliche 4 genommen habe, und nicht die Linie 13. Hier wäre die Stange vielleicht nur am Kriminalgericht, am Lehrter Bahnhof und vielleicht noch ein- oder zweimal am Königplatz herausgesprungen. Das merkt man gar nicht auf einer längeren Fahrt. Man berücklichtigt, in was für unmögliche Lagen die Stange besonders bei Narven kommt. Was soll die Stange machen? Der Wagen läuft unter ihr nach links, die Leitung nach rechts, am Wagen unten ist sie fest, also muß sie doch herausspringen. Sie ist doch kein Bügel! Und die Bügel sind wechselfähig so teuer, daß es der Straßenbahn-Direktion auf das tägliche tägliche Zeitverlust der Passagiere nicht ankommt.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Sechs Mann im Boot verstehen das ganz genau, und wenn die anderen Reize dasselbe erzählen, wozu liegen sie dann hier auf dem wilden Meer und frieren und plagen sich?

Sie ziehen noch immer, und endlich kommt etwas Lebendiges an Bord, der erste Kabeljau in diesem Jahr. Dem grauen Fisch mit dem hellen Bauch, dem breiten Maul und den toten Augen scheint es ganz unerlei zu sein, ob er etwas zu fressen bekommt oder selber gefressen wird. Henrik Rabben nimmt ihn aus dem Netz und hält ihn einen Augenblick am Maul, den Schwanz nach unten, in die Höhe. Ein mittelgroßer Kabeljau. Aber es ist der erste in diesem Jahre.

Sie zogen Stunde für Stunde. Der Schweiß rann. Es kamen noch einige Fische in langen Zwischenräumen. Vielleicht waren es im ganzen etwa hundert, als das letzte Netz an Bord war.

Das Schneegestöber hatte nachgelassen, und während sie die Netze wieder auslegten, wurde es kälter. Es war Landwind, so daß sie den weitenlangen Rückweg nach den Fischplätzen unentwegt kreuzen mußten. Rätter und immer kälter wurde es, und die Männer, die beim Netzholen geschwitzt hatten, mußten jetzt im Boot stülischen und die nassen Hemden am Körper gefrieren lassen.

Einige Boote schaukelten ohne Takelage auf dem Meer und an Bord sahen vier Mann, einer hinter dem anderen, und zogen alle ihre Schnüre aus der Tiefe heraus.

„Das sind die Vorkarer“, sagte Raneles, „die fischen mit Angeln oder Ködern, aber auf so etwas hat sich kein Stavöringer jemals eingelassen.“

Der Suzansa war es nicht besser ergangen, und als alle zwölf in der Stube im gelben Lampenlicht saßen, war eine lebhaft Unterhaltung im Gange. Die beiden Bootsührer ließen den Kopf nicht hängen, weil der Anfang schlecht war. „Heute müssen wir frische Fische haben“, sagte Per Suzansa, indem er die langen Wasserfische auszog. „Wenn du nicht genug hast, Kristaver, so kannst du an hundert Kabeljau bei mir leihen. Das wird ja reichen für heute abend, wenn wir die Leber dazu nehmen.“

Und Kristaver lächelte und sagte, wenn zwölf Mann eine wahre Amerikareise bis hierher gemacht hätten, dann könne man es doch einen großartigen Fang nennen, wenn zwei Boote an einem einzigen Tage genug Fische zum Abendbrot gefangen hätten.

Aber Olezeus Holla trabte in Pantoffeln in der Stube umher und sagte, dies alles gehe genau so, wie er es sich gedacht habe: Er werde ein reicher Mann. Er wolle sich einen großen Hof kaufen und einen feinen Leberzieher, wenn er im Frühling wieder nach Hause komme. Ob ihm vielleicht jemand seine Netze abkaufen wolle, für die er sich in Schanden gestürzt habe? Fankelangelneue Netze mit Korlen und Taunen und Fischen. „Bietet nur, Leute!“ Er zeigte die weiße Zigarre in dem braunen Bart, und die großen Augen schweiften umher und lachten beschoft.

„Ich laufe sie!“ sagte Raneles. „Großartig! Aber das Geld auf den Tisch! Dann bekommst du ganzen Anteil am Abendbrot, und ich will nur wie ein Halbpantmann essen. Aber das Geld auf den Tisch.“

Das hatte Raneles natürlich nicht, und so wurde aus dem Handel nichts.

„Und da ist ein Dohrfling“, sagte Per Suzansa und sah Vors an. „Hol's der Teufel, du mußt Brantwein schaffen und traktieren, Junge, denn wir müssen was zur Aufreicherung haben!“

Vors machte sich klein und versuchte mit Lachen darüber wegzukommen. Aber seinen Vater um Geld zu bitten für Schnaps, so lange es mit dem Fang nicht besser ging, das trachtete er um alles in der Welt nicht fertig.

Sie verachteten noch immer, listig zu sein, aber im Laufe des Abends ließen die Männer doch den Bart immer tiefer und tiefer hängen. Sie würden schwerlich heute nacht besonders gut schlafen. Sie würden sicherlich von Pfändung träumen. Der Anfang heuer war schlimm, und wenn es nun nicht besser wurde?

Aber Henrik Rabben erzählte, als das letzte Mal hier der große Fang gewesen sei, da sei die ganze See am Lofot den Januar und den halben Februar hindurch schwarz gewesen. Dann aber seien die Kabeljau an Land gekommen, und da hätten sie in vierzehn Tagen so viel Fische an Land schipfen können, daß seit Menschengebenden ein solcher Verdienst nicht dagewesen sei. „Also wir müssen es mit Ruhe nehmen“, sagte

Henrik und strich sich den blonden Bart und blickte von einem zum anderen.

Als sie am nächsten Morgen erwachten, zwang das Wetter sie, an Land zu bleiben, es stürmte den ganzen Tag, Schiffe rissen sich in der Bucht los und wurden an die Klippen geschleudert, der Massenwald in Sunden und Häfen wogte und freischte, Fiegeleiste wurden von den Dächern gerissen und flogen hoch über den Fischplatz hin.

Aber oben in der grauen Luft kämpfte die weiße Wölwe mit schweren, steifen Flügeln sich vorwärts, und ihr Gekreisch klang wie ein böses Omen, das der Himmel selber sandte.

Der Fischplatz wurde zu einem Gefängnis, in dem mehrere hundert Männer eingesperrt waren. Im Kramladen drängten sich Männer in Wams und Südwestern. Hier und da kram ein kleiner Trupp mühsam eine Klippe hinan und fand dort mit kalten Händen Deträden, die Hand am Südwest, damit er nicht fortfliegen sollte. Und salziges Meerwasser und Tang wurde ihnen in das Gesicht getrieben, peitschte ihnen die Wangen und brannte in den Augen.

Im Hause war nichts anzufangen. Nege und Tave bedurften jetzt noch keiner Ausbesserung, aber die Netze, die sie gestern ausgelegt hatten, würden sie wohl nie wieder zu sehen bekommen, — so ein Wetter war es. Dies hier nahm keinen guten Anfang, nein, wirklich nicht.

Unter diesen Tausenden von Männern, die auf den vierfünf Klippen im Meer versammelt waren, waren nur ein oder zwei Dugend Frauen. Einige Fischer wohnten hier das ganze Jahr über, und sie hatten Frauen und Töchter. Auch Dienstmädchen waren bei dem Pfälkönig, beim Arzt und beim Pfarrer, und einige Mädchen aus Nordland waren als Haushälterinnen mit den Nordlandbooten hergekommen. Aber es waren auch ein paar Frauen mit Hüten und vornehmem Gang da und ein paar Damen, die eine war Erzieherin bei dem Arzt, die andere eine Telegraphistin mit einer Borgnette.

Wenn Dienstmädchen oder Töchter von Fischern im Winde dahinflogen, hagelte es lästernde Juruse seitens der Männer, denen sie begegneten. Wenn aber die Frauen der Vornehmen vorbeikamen, wurden alle ganz still und nur die Augen drehten sich ihnen gaffend nach. Ja, wenn man wenigstens Ladengehilfe oder Speicherverwalter gewesen wäre, aber, ha... einem einfachen Fischer nützt es nichts, bei den Vornehmen beizudrehen. (Fortsetzung folgt.)

Das Partei-Notopfer für Berlin

Die Goldmark im Kleinhandel.

Anweisungen gegen Ueberschneidung der Käufer.

Nachdem nun auch der Kleinhandel die Berechtigung erhalten hat, seine Preise in Goldmark zu berechnen, erteilt der Präsident des Landespolizeiamtes Anweisungen an die Polizeiverwaltungen, worauf sie bei dieser Berechnung zu achten haben und wie einer Ueberschneidung der Käufer zu begegnen ist. Die Polizeiverwaltungen haben danach auf folgendes ihr Augenmerk zu richten:

Der Einzelhandel legt seiner Kalkulation den Großhandelsgoldpreis des Portages zugrunde und wertet seinen mit dem zugelassenen Einzelhandelszuschlag errechneten Grundpreis entsprechend dem Tagesmultiplikator auf. Die Preisbestimmung gilt jeweils innerhalb der üblichen Geschäftsstunden von nachmittags 3 Uhr des laufenden Tages bis 3 Uhr nachmittags des folgenden Tages. Innerhalb dieser Zeit dürfen Gold- und Papiermarkpreise nicht geändert, auch darf die Abgabe von Waren in den üblichen Mengen nicht verweigert werden. Die Polizeibehörden haben ferner darauf zu achten, daß der Einzelhändler beim Sinken der Goldpreise oder des Dollars oder beides seine Preise sofort herabsetzt. Bei Verstößen ist rüchlos einzuschreiten und von den Mitteln der Handelsuntersuchung bzw. Schlichtung der Geschäftsräume Gebrauch zu machen. Den Polizeibehörden wird des weiteren zur Pflicht gemacht, die Preisangabe der Waren genau zu übermachen. Der Lebensmittelhandel ist gehalten, in einer Liste im Schaufenster und im Laden den angewandten Multiplikator (Anzahl der Papiermark für eine Goldmark), Tag und Tageszeit für welche er gilt, und die Grundpreise in Goldmark für die einzelnen Waren anzugeben. Der aus Grundpreis und Multiplikator sich ergebende Papiermarkpreis braucht nicht mehr angegeben zu werden. Im übrigen sollen die Polizeibehörden mit ganz besonderer Sorgfalt darüber wachen, daß die Grundpreise nicht willkürlich festgesetzt werden, sondern den Verhältnissen entsprechen. Vor allem aber wird den Polizeibehörden erneut zur Pflicht gemacht, gegen jeden Versuch, die Annahme von Papiermark abzulehnen, mit aller Entschiedenheit einzuschreiten. Im Handel mit Mehl und Backwaren werden die Polizeibehörden angewiesen, ähnliche Polizeiverordnungen zu erlassen, durch welche den Käufern die Möglichkeit gegeben ist, von Preisen und Gewicht der verschiedenen Backwaren für bestimmte Zeiträume durch einen Anschlag am Verkaufsort Kenntnis zu nehmen und bei Zweifeln an dem angegebenen Gewicht der Backwaren ein sofortiges Nachwiegen derselben im Bäckereibetrieb herbeizuführen.

Wie früher bereits, erlaubt das Landespolizeiamt auch jetzt wieder das Publikum, bei der Wucherbetätigung mitzuwirken und in allen Fällen, wo nach seiner Ansicht unläutere Mischungen des Handels vorliegen, Anzeigen bei den Polizeibehörden zu erstatten.

Hände weg von der Volksschule!

Die notgedrungenen Sparmassregeln des Berliner Magistrats erstrecken sich leider auch auf die Schule. Große Entrüstung erregt in Bekräftigen die Heilungseinschränkung, von der für Lehrende und Lernende eine schwere Schädigung der Gesundheit zu befürchten ist. Mit noch ernstlicher Sorge sieht die Lehrerschaft den Gefahren entgegen, die der Volksschule aus dem Beamtenabbau geschahen. Eine Zuschrift, die mir aus Volksschulkreisen erhalten, lautet:

Sollen hier auch noch Lehrer entlassen werden? Die Lehrerschaft (Junglehrerschaft) ist ja bereits aus dem Schuldienst entfernt. Sollen noch mehr Kinder in städtischen Klassen zusammengepreßt werden? Will man den jetzt nur noch unter großen Opfern der Lehrer überhaupt möglichen Unterricht zur letzten Folge degradieren? Sollen in Volksschulen 50 bis 100, in höheren Schulen kaum ein Dutzend Kinder in einer Klasse sitzen? Sollen die übrigen Lehrenden noch ein bis zwei Monaten vor der Möglichkeit stehen: Unsere Kraft ist zu Ende, weil die Gesundheit unter diesen Umständen schnell untergraben wird? Dann muß für Vertretung gesorgt werden, und die ausgerechneten Ersparnisse sind verloren. Soll alle freie geistige Arbeitstätigkeit, jede Selbstbetätigung, jede vernünftige Erziehungsart endgültig vernichtet sein? Dann wird nur mit Stoa und Askese noch Ordnung an Schulen denkbar sein, dann wird nicht nur jeder Fortschritt seit 1918 begraben, sondern ist die Volksschule tausendmal schlechter als vor 1914, dann ist die Volksschule tot!

Die Zuschrift schließt mit der Mahnung an die Elternschaft und an die Gewerkschaften, dieser Entwicklung nicht untätig zuzuschauen.

Ueber „Weltliche Schulen als Träger von Schulreform und Zerrückung der Volksschulen durch den Abbaugesetz“ sprechen die Genossen Gustav Hädicke und Wolf Koch heute (Dienstag) abend 7 Uhr in einer öffentlichen Elternversammlung in der Schulaula am Stephanplatz, einberufen von den Junglehrer-Jugendgruppen des Bundes entschiedener Schulreformer. Alle Eltern und Parteigenossen sind eingeladen. Eintritt frei.

Selbsthilfe der Tuberkulosekranken.

Der Verband der Jungen und Tuberkulosekranken Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, hielt vor kurzem seine Generalversammlung ab. Der Tätigkeitsbericht ergab, daß die Ortsgruppe bei Wohlfahrtsämtern, Gesundheitsämtern, Heilmitteln, Heilanstalten, Krankenhäusern, Siedehäusern in 90 Proz. gute Erfolge gehabt hat. Am schwersten ist die Arbeit in der Wohnungsfürsorge; in höchstens 5 Proz. konnten Wohnungen für schwer Tuberkulose befreit werden. Die Verschickung von Kindern wurde teils durch Fürsprache bei den Behörden, teils mit dem Verband zusammengebrachten Geldmitteln in 30 Fällen ermöglicht. Auch konnten Kranke, die keine Behörde mehr verschickte, durch private Verbindungen nach einer Heilstätte zugeführt und wieder arbeitsfähig gemacht werden. In etwa 200 Fällen wurden Tuberkulose-Erkrankte an Tuberkulose-Fürsorgestellen überwiesen. Zu der neuesten Krisis der Krankenkassen nahm die Generalversammlung eine Resolution an, die hauptsächlich folgendes sagt: „Die Generalversammlung erhebt energischen Protest gegen den Zusammenbruch der Sozialversicherung der Krankenkassen und des gesamten Gesundheitswesens. Durch Weibenseiten von Seiten der Regierung ist den Krankenkassen nicht geholfen. Der Kreis der Versicherten muß erweitert, die Unternehmern müssen zur Tragung der Lasten mehr herangezogen werden. Dem mehr als geschäftsmäßigen Vorgehen des Chemischen Truists für Arzneien und Heilmittel muß im Interesse der Gesundung der Krankenkassen Einhalt geboten werden. Der Wahl der Krankenkassenbevollmächtigten ist besondere Beachtung zu schenken. Die Durchführung der Sozialversicherung erfordert bedeutende Geldmittel. Für ihre Beschaffung durch Eröffnung der Sachwerte usw. zu sorgen, ist Aufgabe der beruflichen Organisationen.“ Der Verband fordert die Tuberkulose-Erkrankten zum Eintritt auf und bittet Gesunde um Ueberweisung von Geld und Naturalien. Postfachkonto: Max Conrad, Berlin, Poststraße 3, Nr. 84 105.

Ein sehr gefährlicher Brand kam am Montag nachmittags in der Prinzessinnenstr. 19 auf dem Hofe in einer Fabrik angeblich durch Fahrlässigkeit zum Ausbruch. Als die Feuerwehr dort eintraf, hatten die Flammen schon eine solche Ausdehnung erlangt,

ist zum Kampf gegen die antisemitische Schmach und zur Verteidigung der Republik dringend erforderlich. Freiwillige Beitragern hierfür sind bei den Abteilungskassierern und im Bureau des Bezirksverbandes erhältlich. Ueberweisungen von Geldbeträgen bitten wir auf Postfachkonto Berlin, Nr. 48743 an Alex. Nagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu übermitteln.

daß auch mehrere Betriebe auf dem Industriegrundstück gefährdet waren. Es brannten Baumaterialien sowie Papier und Möbel. Der Schaden ist erheblich.

Die Ermordung des Amerikaners Nowak.

Vor der Urteilsverkündung.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wegen der Ermordung des Amerikaners Nowak erklärte Kriminalkommissar Dr. Gräber auf Befragen von Rechtsanwalt Dr. Frey, daß die Angeklagte Marianki einen guten und glaubwürdigen Eindruck gemacht habe. R.-A. Dr. Frey: Sie gehört entschieden nicht zu dem Typ einer Berliner Verbrecherbraut. — Zeuge Gräber: Ganz entschieden nicht. — Die Angeklagte Marianki erklärt, daß Müller ein sehr unsympathischer Mensch war. Er war brutal und roh. Er sprach sechs Sprachen und wollte in der Türkei geboren sein. Er gab auch an, er sei Pole. — R.-A. Dr. Alsbach: War kein Aufstreiten dem Fellin gegenüber sehr energisch? — Angeklagte: Ja. — Die Zeugin Lucie Kleinert, die in einem Café angestellt war, hat vor dem Tage der Tat morgens Fellin mit Nowak in der Friedrichstraße gesehen. Am nächsten Tage fragte sie Fellin, ob denn Nowak wieder zurückgekehrt sei, und darauf bestritt Fellin, daß es Nowak gewesen sei. Sie müßte sich geirrt haben. Im dem Hotel, in dem Müller gewohnt hatte, wurde am 17. Januar ein Schreiben über-

Öffentliche Versammlung

heute, Dienstag, den 13. November, abends 7 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz

Tagesordnung:

Die Judenverfolgungen - ein Vorbote der Reaktion!

Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Hildenbrand, Württembergischer Gesandter.

Diese Versammlung gilt als Kampfsitz gegen den umfänglichen Antisemitismus.

Eintrittsgeld: 20 Milliarden Mark.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Berlin.

Die seitens der Kasse zu stellenden Saalordner müssen, mit Armblinden versehen, um 5^{1/2} Uhr zur Stelle sein.

brachte, in dem Müller angeblich aus Warschau schrieb: Ich hoffe, daß es mir meine Erschließung erlauben, bald nach Berlin zu kommen, dann besetze ich darauf, daß die schändlichen Zeugnisaufstellungen beseitigt werden. Ich begreife nicht, wie ein solcher Verdacht gegen mich aufstehen konnte. — Den interessantesten Teil der Beweisaufnahme bilden die Gutachten. Gerichtsarzt Dr. Brünning hat festgestellt, daß das Kopfkissen, mit dem Nowak erstickt worden war, stark mit Aceton-Tetrachlorid durchtränkt war. Dieses ist in der Wirkung sechs- bis siebenmal stärker als Chloroform. Auf Grund der Angaben der Angeklagten Marianki hat er die Beigebteile nach Scopolamin untersucht. Scopolamin ist ein dem Atropin verwandtes Gift, das aus den Nachtschattengewächsen gewonnen wird. In Magen, Darm und Leber fand der Sachverständige nicht weniger als zehn Milligramm reines Scopolamin, eine Menge, die tödlich hätte, eine ganze Geschworenenbank zu vergiften. Auch Professor Joachimogge stellt fest, daß Nowak allein schon an der Menge des Scopolamins zugrunde gegangen wäre. Immerhin hätte es acht bis zehn Stunden gedauert, bis er gestorben wäre. Medizinalrat Dr. Stiermer bezeichnet die Ausführung der Tat als eines der raffiniertesten Verbrechen. Der Plan ist teuflisch angelegt und durchgeführt worden.

Der Staatsanwalt beantragte, Fellin des gemeinschaftlichen Mordes und Raubes mit Todeserfolg für schuldig zu sprechen. Die Teilung der Beute sei der stärkste Beweis für die Schuld Fellins. Die Angeklagte Marianki sei der Hölle schuldig. R.-A. Dr. Alsbach verteidigt die Ansicht, daß sie ein Unschuldiger sei unter schwierigeren Verhältnissen in einem Kapitalprozeß um sein Recht habe kämpfen müssen. Ein Unschuldig sei es, daß Müller und die Ordiere fehlten, die ihn in die Tat verstrickt hätten.

Das Urteil war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Der Raubmord der Hoffänger.

Das vierle Mitglid der Hoffängerbande, die den Schneidermeister Albach in der Helmholzstraße ermordete und beraubte, ist verhaftet und von Bremen nach Berlin gebracht worden. Er wurde entlarvt als ein 20 Jahre alter aus Hasperbach gebürtiger Arbeiter Wilhelm Böger, der in Dortmund einem Tischlermeister aus der Lehre entlaufen war und als Gelegenheitsarbeiter auf der Reiche Kollertstr. 2 seinem Arbeitsnachbarn Deppner die Papiere stahl. Die Mordkommission, die mit größter und zähester Ausdauer den vierten Mörder ständig verfolgte, hatte erfahren, daß er ins Ausland entflohen wollte und deshalb besonders die Hafensicherungen aufmerksam gemacht. Bei einer Razzia in Bremen wurde dann der vermeintliche Deppner ergriffen.

Der Name zieht.

Als ein Hochkapler ersten Ranges, der die ganze Welt mit wertvollen Schecks betrog, wurde der anglische Graf v. Martelli entlarvt, der in Berlin den „italienischen Diplomaten“ spielte. Der Graf kaufte hier angeblich im Auftrag eines Freundes kostbare Perlenketten und Goldböden und bezahlte auch hier mit Schecks, für die keine Deckung vorhanden war. Nach großen Verlusten ging er nach Leipzig. Ein Juwelier, den er dort betrog, reiste ihn nach Dresden nach, erzwang ihn im Laden eines ihm bekannten Kollegen und ließ ihn festnehmen. Der Verhaftete wurde festgehalten als ein 45 Jahre alter aus Weiskow in Pommeren gebürtiger Privatbeamter Emil Wolf Anton Labendorf, der eine abenteuerliche Vergangenheit hinter sich hat. Wie ermittelt wurde, war Labendorf unter dem Namen eines aus Genf gebürtigen Rittmeisters v. D. Emich Gustav Friedrich Grafen zu Lainingen-Rudensau jahrelang bei einer Versicherungsanstalt in Wien beschäftigt. Unter dessen Beiratete er in London. Am Jahre 1921 bezog er mit seiner Frau nach Italien. Von dort kehrte er im August d. J. nach Deutschland zurück und wohnte zunächst in der Dohmsche Straße zu München. Auf den Namen eines Fabrikdirektors Dr. Hermann Kandi aus Mailand fertigte er sich selbst einen Ausweis an, und auf diesen verließ er sich Scheckgeber von der Schweizerischen Kreditanstalt in Baden und der Santa di Roma

in Mailand. Mit diesen Schecks betrieb er große Betrügereien in München, Frankfurt a. M., Berlin, Leipzig usw. Sein Gelbeschleifer war ein 40 Jahre alter aus Herpenheim gebürtiger Kaufmann Heinrich Höhn, der zuletzt in München wohnte und jetzt mit vielen wertvollen Geldsachen flüchtig ist.

Weder Wucher noch Betrug.

Einstellung des Verfahrens gegen die städtischen Werke.

Der Generalsankwalt bei dem Landgericht I hat das Ermittlungsverfahren gegen die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wegen Wuchers usw. eingestellt und dem Magistrat ein Schreiben zugehen lassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß Preiswucher nicht in Frage kommt, weil infolge der hohen Kosten, die durch das notwendige Rohmaterial, wie Kohle, entstanden waren und infolge der Schnelligkeit der Weltentwertung der geforderte Preis keinen übermäßigen Gewinn enthält. Die Erhebung des Preises der Zahlungsweise ist durch den Umfang des Betriebes bedingt, weil sich bei einem anderen Verfahren der Gaspreis noch mehr verteuern würde. — Betrug liegt nicht vor, weil die städtischen Werke für Annahme und Verrechnung der von den Verbrauchern eingehenden Beträge einwandfreie Anweisungen erhalten haben. Inwieweit Anzeigen behaupten, daß bei der Ausführung der an sich nicht zu beanstandenden Anweisungen strafbare Mißgriffe begangen sind, werden die einzelnen Fälle noch geprüft werden. — Erpressung ist nicht gegeben, weil die städtischen Werke keinen übermäßigen Preis gefordert und somit keinen rechtswidrigen Vermögensvorteil erstrebt haben. — Rötigung liegt nicht vor, weil die Unterbrechung der Lieferung im Fall unpünktlicher Zahlung nach den Lieferungsbedingungen zulässig ist und weil mindestens die städtischen Werke diese Maßnahme auf Grund der Lieferungsbedingungen für zulässig gehalten haben. — Was für die städtischen Gaswerke gilt, trifft auch für die städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke zu.

Erziehung zum Barfußgehen.

Das Leder war von jeher ein spekulativer, gewinnbringender Artikel im Besitz kapitalstärkter Ledergrößen. Schon seit längerer Zeit verkaufen die Ueberroster nur noch Dollarpapier. Rummer ober haben sie ihre Forderungen auf wertbeständige Währung bei sofortiger Bezahlung eingestellt. Andernfalls aber wird der dreifache Betrag in Papiermark verlangt. Das Rilo Leder kostet jetzt dem Kleinmeister schon 18 Dollar und würde demnach in Papiermark auf 54,40 Dollar zu stehen kommen. Da der Schuhmacher keine Devisen und keine Goldmark hat, muß er den hohen Preis bezahlen, denn es besteht für ihn keine Möglichkeit, die Forderung zurückzuweisen, wenn der Kleinmeister selbst den verlangten Preis bezahlt hat. Der kleine Schuhmacher ist aber nicht mehr in der Lage, eine halbe Haut Leder einzukaufen zu können. Da aus einem Rilo Leder etwa 4 Paar Sohlen nebst Absätzen gewonnen werden, so kostet eine vollkommene Bezahlung im Einkauf, wenn der Meister notgedrungen in Papiermark zahlt, bereits 150 Dollar. Kommen dann noch die Löhne und Unkosten hinzu, so erschreckt man, wenn man an den Preis denkt, den der Konsum zahlen muß, aber in den weitaus meisten Fällen gar nicht mehr zahlen kann. Wenn der Großhandel ungestraft mit der Papiermark mit oben geschickter die Preise weiter korrigieren kann, ohne von den Ueberrosterhänden daran gehindert zu werden, dann wird Deutschland in kurzer Zeit eine Nation von Barfußlern sein und die Kleinmeister selbst werden elend zugrunde gehen.

Die Apotheker gegen die Krankenkassen.

In dem Streit zwischen Kassenärzten und Krankenkassen, über den wir berichtet, ist bisher keine Änderung eingetreten. Die in der vorigen Woche ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen sind noch nicht wieder aufgenommen worden, so daß die Weigerung der Apotheker, die den Kassenmitgliedern zu liefernden Arzneien den Kassen zu kredittieren, fort dauert. Bis auf weiteres sind also die Kassenmitglieder genötigt, die Arzneien aus eigener Tasche und sofort zu bezahlen und dann Rückerstattung des Geldes von ihren Kassen zu fordern. Diesem Vorgehen gegen die Kassen haben sich übrigens nicht alle Apotheker angeschlossen; ein Teil von ihnen, allerdings ein nur geringer, liefert weiter zu den bisherigen Bedingungen. Wie wir hören, herrscht gegen diese Apotheker bei ihren Kollegen große Erbitterung, die sich auch schon in Bedrohungen geäußert haben soll.

Frostwarnungsdienst.

Der Winter steht vor der Tür und mit ihm die Gefahr der Frostschäden. Es ist daher der Hinweis auf eine öffentliche Einrichtung am Wege, durch deren Benutzung Frostschäden nach Möglichkeit verhieden werden können. Die amtlichen Wetterdienststellen, denen die Aufgabe zufällt, Wettervorhersagen und Wetterberichte auszugeben, sind auf den sogenannten Frostwarnungsdienst eingestellt. Sie erteilen nicht nur im Einzelfalle auf Anfragen Auskunft, sondern übernehmen es auch, für Interessentengruppen dauernd tätig zu sein und sie im Bedarfsfälle vor schädlichen Frösten zu warnen. Da eine ganze Anzahl von Wetterdienststellen über das Reich verteilt ist, läßt sich eine rechtzeitige Benachrichtigung, die natürlich am besten telegraphisch oder telephonisch erfolgt, leicht ermöglichen, besonders da die Wetterdienststellen ihren Sitz fast sämtlich an großen Verkehrs- und Nachrichtenzentren haben, die norddeutschen in Berlin (Berliner Wetterbureau), Breslau, Königsberg i. Pr., Hamburg (Deutsche Seewarte), Bremen, Kaden, Essen, Frankfurt a. M. und Magdeburg. Von dort sind die Bedingungen zu erfahren, unter denen Frostwarnungen bezogen werden können. Die Gebühren, die in der Hauptsache nur sachliche Unkosten betreffen, sind gering und stehen in seinem Verhältnis zu den Ersparnissen, die bei Vermeidung von Frostschäden zu erzielen sind. Landwirtschaft, Handel und Industrie, Gewerbe, Verkehr und andere Kreise können von Frostwarnungen großen Nutzen ziehen und sich durch vorherige Kenntnis des Frostereignisses vor schweren Verlusten schützen. In vielen Fällen können auch für die Allgemeinheit durch Benutzung des Warnungsdienstes Werte erreicht werden, die bei der heutigen Wirtschaftslage unerlässlich sind: man denke an Kartoffeln, Gemüse, und Obsttransporte. In gleicher Weise wird auch ein Glätte- und Regenankündigungsdienst ausgeführt.

Wenigstens Brot! In Vankow konnte wegen Geldmangels am letzten Montag den Erwerb des Brotes die Unterhaltung nicht ausgezahlt werden. Da die von allen Mitteln entblühten Leute in große Erregung gerieten und vor das Bankrotter Rathaus zogen, so entschloß sich das Bezirksamt, sofort mehrere Brotbäcker auszugeben. Der Obermeister von der Bankrotter Wäckerinnung gab seine Zustimmung, und so konnten die Erwerblosen wenigstens Brot kaufen.

Der nächste Vorkampf in der Neuen Welt, Polenstraße, findet heute, Dienstag, den 13. November, abends 7.45 Uhr, bellum statt. Die Neuen werden folgende Namen auf: Walter Junke, Berlin gegen Adolf Berke, Cilia Werlen, Wandburg gegen Antoniusch, Bremen, gegen dem Bedroh Bedroh gegen Müller, Potsdam. Den Einleitungskampf bestreiten Waldemar Heuschel gegen Fred Ostermeier.

Volksverkauf und Schulneubildung. Dieses Thema behandelt Prof. Dörsch in einer öffentlichen Sitzung am Montag, den 13. November, abends 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums in Weihensee, Sozialpromenade 37.

